nismus" hervorgehoben werden muß.

In diesem Zusammenhang sei auf die mir vollständig richtig erscheinende Erklärung eines westdeutschen Genossen bei der Stalin-Veranstaltung 1979 in Frankfurt verwiesen. Gefragt, was es denn mit dem Begriff des Stalinismus auf sich habe, gibt der Genosse aus Westdeutschland dort zur Antwort:

"Ich bin der Meinung, daß es keinen Stalinismus gibt, daß der Begriff eine Erfindung der Trotzkisten und der Bourgeoisie ist, daß Stalin selbst stets herausgestellt hat, daß das System der Theorie der Kommunisten der Marxismus-Leninismus ist, daß der Leninismus der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist. Und zur Zeit Stalins hat es keine neue Epoche in der Weltgeschichte gegeben und daher auch keine epochale Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus. Aus diesem Grunde ist es falsch, von Stalinismus zu reden." (Dokumentation "Stalin verteidigen - von Stalin lernen !", S.51, Unterstreichung vom Verfasser)

Mit dieser Definition ist alles gesagt, was es zu diesem Thema an Wesentlichem zu sagen gibt.

J.T.

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ), Medieninhaber, Verleger und Hersteller : Franz Strobl. Beide 115o Wien, Goldschlagstraße 56. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort : Wien

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 216 Ausgabe Juli 1985 S 16,-

"NEIN" ZU DEN "ABFANGJÄGERN", "JA" ZUR "LANDESVERTEIDIGUNG" DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN ??

»Keinen Mann und keinen Groschen« für diese Armee und diesen Staat !*

Nach Jahren des Hin und Her geht die ungeachtet ihres Namens ebensowenig sozialistische wie freiheitliche SPÖ/FPÖ-Regierung nun daran, um jeden Preis den Ankauf sogenannter "Abfangjäger" durchzuziehen. Das hat nicht nur eine breite Welle des Protests hervorgerufen, sondern auch eine aufschlußreiche Debatte ausgelöst.

Kreisky, Sinowatz, Benya usw. erklären kategorisch, daß die Anschaffung der "Draken" ein unbedingtes Erfordernis zur Gewährleistung der Neutralität und der Landesverteidigung Österreichs sei. Wer dagegen sei, verfolge dunkle parteipolitische Motive, schade dem Land oder mache sich sogar einer "Anti-Staatshaltung" schuldig.

Diese Vorwürfe weisen ÖVP-Politiker und verschiedene andere "Draken"-Gegner allerdings empört zurück. Ja, sie versuchen den Spieß sogar umzudrehen. Sie behaupten, daß in Wirklichkeit nicht sie, sondern die Regierung selbst der Verteidigung Österreichs schadeten. Die "Draken" seien nämlich "militärisch sinn- und nutzlose Krawalldrachen". Mit dem Ankauf dieser "veralteten" Flugzeuge würde sogar "der mühsam aufgepäppelte Glauben an den Sinn der Landesverteidigung überhaupt untergraben" ("Kurier", 1.5.1985). Mit schamloser Demagogie versuchen dabei ÖVP-Politiker, doch nicht nur sie, die berechtigte Empörung und den Protest breiter Massen gegen den unerträglichen Fluglärm auszunutzen, um tatsächlich nur für andere, angeblich "leisere", vor allem aber "modernere" Düsenjäger die Werbetrommel zu rühren.

* In Zeltweg verteiltes Flugblatt der MLPÖ

In dieser Diskussion melden sich auch diverse "alternative" und pseudo-"linke" Landesverteidiger zu Wort. Sie erklären, daß "Abfangjäger" überhaupt "militärisch unnütz" seien für "ein sich neutral verteidigendes Österreich" und schlagen stattdessen andere Mittel und Methoden der Landesverteidigung vor.

AUS DEM INHALT

Bemerkenswert an dieser ganzen "Abfangjäger-Diskussion" ist folgendes: So sehr sich diese Kräfte im Detail auch in den Haaren zu liegen scheinen, so "leidenschaftlich" sie sich auch über die Typenwahl und den Standort der "Abfangjäger" streiten mögen oder diese überhaupt ablehnen, so sehr haben sie fast alle doch eines gemeinsam: Sie argumentieren vom Standpunkt der "Vaterlandsverteidigung" aus. Ihr Streit geht lediglich darüber, was dafür notwendig, erschwinglich und zumutbar, was dafür am effektivsten ist. Sie stehen in Wirklichkeit auf einem gemeinsamen Boden, der einem wirklich antimilitaristischen Standpunkt direkt entgegengesetzt ist. Um das bewußt zu machen, ist von entscheidender Bedeutung die Klärung der grundlegenden Fragen:

Welchen Charakter hat der Staat der 2.Republik, welchen Charakter hat das Bundesheer, welchem Zweck dienen sie, welche Funktionen üben sie aus ?

Worum geht es tatsächlich bei der "Landesverteidigung" und dem "Schutz der Neutralität" ?

"UNSEREN STAAT" VERTEIDIGEN ?

Die herrschende Bourgeoisie Österreichs und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung wollen uns einreden, daß schon längst die Zeiten vorbei seien, wo die Arbeiterbewegung gegen einen Staat kämpfen mußte, "der die Arbeiterschaft von der Mitgestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen hat" ("AZ", 1.5.85). Heute stehe die Arbeiterbewegung angeblich bereits vor der Aufgabe, den Staat der 2.Republik als den ihren zu verteidigen:
"Gerade weil sie diese Republik als die ihre betrachten können, müssen sie sich auch zur Bereitschaft, die Souveränität und Neutralität dieses Landes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen, bekennen." (Ebenda). Zur Sicherung des Friedens gehöre heute auch "die Verteidigung unseres sozialen Gemeinwesens, der demokratischen Republik, durch das Bundesheer" (ÖGB-Präsident Benya in "Spind" 1/84).

TATSÄCHLICH ? Können die österreichischen Arbeiter und übrigen Werktätigen diesen Staat als den "ihren" betrachten und müssen ihn dementsprechend mit allen Mitteln verteidigen ?? Das ist reine Demagogie !

Sie wollen vergessen machen, daß in Österreich nach wie vor das kapitalistisch-imperialistische System besteht, das nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung der Massen und Riesenprofite für eine kleine Herrenschicht bedeutet, das nicht nur empörende und weiter zunehmende soziale Ungerechtigkeit bringt, sondern auch ständig mit Krisen, Kriegen und Faschismus schwanger geht.

Sie wollen vergessen machen, daß das Bundesheer von heute nicht anders als das Heer der 1.Republik der wichtigste Teil des Machtapparats eines k a p i t a l i s t i s c h e n Staates ist, der auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der imperialistischen Ausplünderung der unterjochten Völker beruht und sich zur Aufrechterhaltung und Sicherung dieser Ausbeutungsverhältnisse auf Unterdrükkungsorgane wie Heer, Polizei, Gendarmerie und Gefängnisse stützt.

Die gleiche Bourgeoisie, die 1934 ihr Heer und ihre Polizei in die Arbeiter schießen ließ, den "grünen" Faschismus errichtete und Österreich dem Hitlerfaschismus auslieferte, kam auch nach 1945 wieder an die Macht. Der bürgerliche Staat der 2.Republik ist nicht "unser Staat", kein "demokratischer Volksstaat", sondern eine reaktionäre Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat und die werktätigen Massen. Denn auch im heutigen, im "modernen" Österreich ist wahr, was E n g e l s sagte:

"In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie". (MEW 22, S.198/199)

"Der moderne Staat, was auch seine Form, ist wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist." (MEW 20, S.260)

Das Proletariat kann sich nicht zu "diesem Staat" bekennen, es kann nicht die Stärkung seiner "Verteidigungsfähigkeit" wünschen und unterstutzen, ohne sich selbst untreu zu werden. Die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Staat nicht "friedlich übernehmen". Es gibt keinen "friedlichen Weg zum Sozialismus", wie die "K"PÖ-Revisionisten Glauben machen wollen. Dieser "Weg" konnte und kann immer und überall nur in einer blutigen Niederlage der Arbeiterklasse enden. Denn die Befreiung des Proletariats und der unterdrückten Klassen, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft ist

"unmöglich nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt." (Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.400)

Ein "Kampf" nur gegen die "Abfangjäger" oder sogar nur gegen einen bestimmten Typ von Militärflugzeugen, dessen Zielrichtung und Inhalt es ist, den reaktionären und imperialistischen Machtapparat der österreichischen Bourgeoisie zu stärken, das "Verteidigungspotential" des bürgerlichen Staates und seiner Armee zu erhöhen, muß von jedem wirklichen Antimilitaristen und Antiimperialisten energisch abgelehnt werden.

Die Haltung der Marxisten-Leninisten Österreichs ist klar: Wir sind nicht nur gegen die "Abfangjäger", sondern entschieden gegen jegliche Form der Militarisierung und Kriegsvorbereitung der imperialistischen Bourgeoisie - gemäß dem Grundsatz der revolutionären Arbeiterbewegung:

"KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN" FOR DIESE ARMEE UND DIESEN STAAT !

NIEDER MIT DEM GANZEN IMPERIALISTISCHEN AUSBEUTERSYSTEM, DAS DEN KRIEG IN SICH TRÄGT, WIE DIE WOLKE DEN REGEN !

ÖSTERREICH - EIN "FRIEDLICHES LAND", DAS NUR "OPFER EINER FREMDEN AGGRESSION" WERDEN KÖNNE, GEGEN DIE ES SICH VERTEIDIGEN MUSS ?

Tagaus, tagein tönt es aus den Medien der österreichischen Monopolbourgeoisie, Österreich sei buchstäblich das friedlichste Land auf Erden. So hieß es jüngst gerade im Zusammenhang mit der "Abfangjäger-Debatte" im "Profil": "Österreich ist ein feines Land... und ausgesprochen friedlich" ("Profil" 19/85, S.24).

Für alle diese Weißwäscher der in Österreich bestehenden imperialistischen Ausbeuterordnung ist gerade typisch, daß sie Österreichs Bourgeoisie als ein frommes Lamm hinstellen, das allenfalls Opfer einer fremden "Aggression" werden könne, das sich natürlich "verteidigen" müsse. Sie schließen die Schuld oder Mitschuld der österreichischen Imperialisten an einem Krieg von vornherein und auf alle Fälle aus.

Sie lassen gerade das W e s e n t l i c h e unter den Tisch fallen: Österreich ist ein hochindustrialisiertes, kapitalistisches Land. Obwohl keine imperialistische Großmacht, gehört es doch - sowohl nach dem Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte als auch gemäß seiner historischen Entwicklung, Tradition und Rolle - zu den i m p e r i a l i s t i s c h e n Ländern. In Österreich herrscht eine parlamentarisch verbrämte Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie, an deren Spitze das Finanzkapital steht. Die österreichischen Imperialisten nehmen aktiv an der Ausbeutung und Unterdrückung der unterjochten Völker und der arbeitenden Massen anderer Länder teil, betreiben Kapitalexport, ringen um Einflußsphären usw.



Wie dieser Ausschnitt aus einem in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschienenen Großinserat zeigt, rühren unter den Großbanken aus aller Welt auch verstaatlichte österreichische Banken, nämlich die Creditanstalt-Bankverein und die Österreichische Länderbank, eifrig die Werbetrommel für Anleihen an das faschistische Pinochet-Regime.

Zwischen der österreichischen Bourgeoisie und der Bourgeoisie der imperialistischen Großmächte gibt es zwar Unterschiede in bezug auf die Potenzen, mit denen die imperialistischen Ambitionen selbständig verfolgt werden, im W e s e n gibt es jedoch keinen Unterschied ! Im "Windschatten" der imperialistischen Großmächte wie die USA, Westdeutschland, Frankreich, England, Japan und das heutige sozialimperialistische Rußland spielen die österreichischen Imperialisten durchaus kräftig im imperialistischen "Konzert" mit. Dabei verstehen sie es, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten "geschickt" für sich selbst auszunützen, um so viel wie möglich für sich herauszuschlagen.



Jede Vorstellung, die österreichische Bourgeoisie sei zwangsläufig "zahm" und "gegen den Krieg", weil sie die herrschende Klasse eines kleinen Landes ist, muß als grundfalsch verurteilt werden.

Völlig falsch ist die sozialchauvinistische Vorstellung, diese Bourgeoisie könne höchstens gegen ihren Willen und entgegen ihren eigenen Interessen in einen imperialistischen Krieg "hineingezogen" werden. Wenn sie sich vom Krieg besondere Möglichkeiten erhofft, ihre Stellung auf Kosten anderer stärken zu können, einer drohenden Niederlage im Klassenkampf zu entgehen oder diese hinauszögern zu können, wenn ihr der Krieg als Ausweg aus irgendwelchen inneren und äußeren Schwierigkeiten oder auch einfach nur als brauchbares Mittel zur Erzielung von Höchstprofiten erscheint, dann wird die imperialistische Bourgeoisie auch des kleinsten Landes bei seiner Vorbereitung, Auslösung und Durchführung eine durchaus aktive und treibende Rolle spielen !

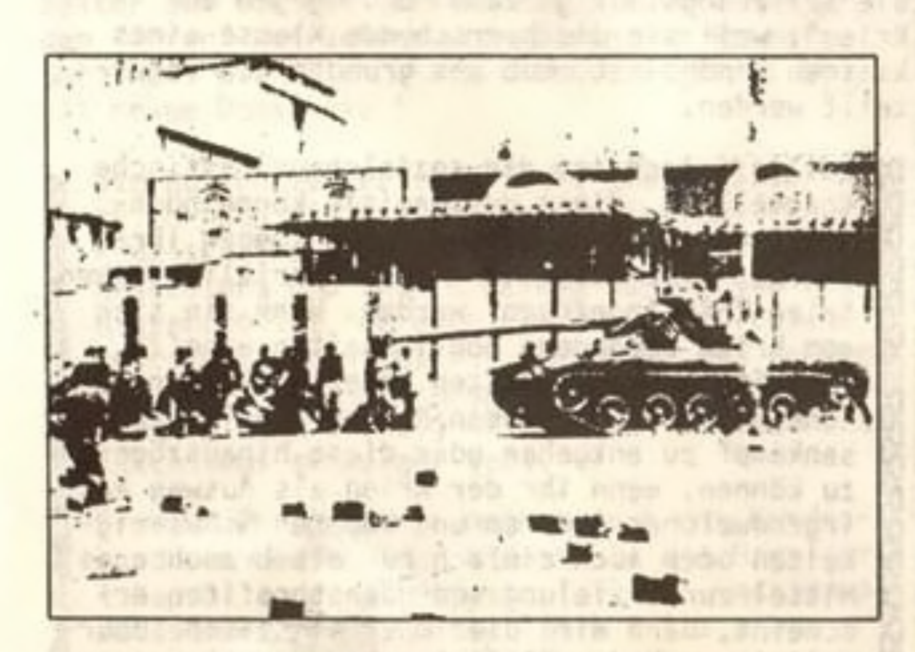
"NEUTRALITÄTSPOLITIK" IM INTERESSE DES VÖLKERFRIEDENS ?

Die Repräsentanten, Nutznießer und korrumpierten Schmarotzer der imperialistischen Ausbeuterordnung in Österreich wollen es so erscheinen lassen, als ob Österreich in der heutigen Welt eine wohltuend "neutrale", wenn nicht tendenziell sogar eine "antiimperialistische" Rolle spiele. Für die Sicherheit Österreichs sei nicht nur eine entsprechende "Verteidigungsbereitschaft" nötig, sondern "eine gute Außenpolitik ebenso notwendig" ("AZ", 1.5.1985), wie sie die österreichische Bundesregierung angeblich auch praktiziere.

Die Schönfärber des österreichischen Monopolkapitals wollen vergessen machen, daß die Politik der herrschenden Klasse unseres Landes niemals, weder in Friedens- noch in Kriegszeiten, die Befreiung der Völker, den nationalen und sozialen Fortschritt zum Inhalt hatte, sondern die Versklavung der Nationen, die Ausplünderung der Völker, finstere Reaktion und Unterdrückung.

Die "immerwährende Neutralität" hinderte die in Österreich herrschende imperialistische Bourgeoisie und ihre Regierungen niemals, eine imperialistische und proimperialistische Außenpolitik ausgesprochen reaktionären Zuschnitts zu betreiben.

Nehmen wir bloß das Beispiel der Waffenexporte, um es an einem der offensichtlichsten Beispiele zu veranschaulichen. Immerhin liegt das "kleine" Österreich mit seinen Waffengeschäften bereits an 7.Stelle unter den westlichen Imperialisten ! Wozu diese Waffen dienen, ist auch klar. Zum einen werden sie in reaktionären Kriegen eingesetzt wie dem von beiden Seiten ungerechten Falkland-Krieg zwischen Argentinien und England, wo die argentinischen Faschisten und Militaristen österreichische "Kürassier"-Panzer gegen die britischen Imperialisten zum Einsatz brachten; oder auch in dem reaktionären Krieg zwischen Iran und Irak, wo zum Beispiel aus Österreich Panzerteile für den Iran geliefert wurden (vgl. Oberösterreichische Nachrichten, 30.3.84).



Österreichischer "Kürassier"-Panzer "in Funktion" bei der blutigen Unterdrückung bolivianischer Arbeiter.

Zum anderen liefert Österreich in alle Erdteile Panzer, Gewehre und sonstige Ausrüstungen zur Niederschlagung der Arbeiter- und Volksbewegungen in Ländern wie Argentinien, Chile, Bolivien, Marokko usw. Dabei spielt es keine entscheidende Rolle, ob in den Empfängerländern bereits heute offen faschistische Verhältnisse herrschen oder nicht, denn Waffen in den Händen bürgerlicher bzw. bürgerlich-feudaler Regimes dienen so oder so, nach innen oder nach außen, reaktionären Interessen, sind Ausdruck der im Imperialismus unvermeidlichen Tendenz zur fortschreitenden Militarisierung und Kriegsvorbereitung, sind Unterdrückungsmittel im Interesse der Erzielung und Sicherung von Maximalprofiten - gerade auch der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs !

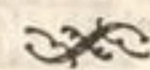
Diese massive Unterstützung erzreaktionärer und faschistischer Regimes in aller Welt steht dabei keineswegs im Gegensatz dazu, daß die gleiche österreichische Bourgeoisie in verschiedenen Ländern gewisse "oppositionelle" Kräfte unterstützt, wie zum Beispiel in Lateinamerika, aber auch in Kurdistan. Tatsächlich unterstützen diese heuchlerischen "Völkerfreunde", insbesondere vermittels der konterrevolutionären "Sozialistischen Internationale", nämlich nur jene Gruppen, die keine revolutionäre, gegen das gesamte Weltsystem des Imperialismus gerichtete Linie haben, sondern heute schon die westeuropäischen Imperialisten als das "kleinere Übel" propagieren und behandeln, bereit sind, ihre "Entwicklungshilfe" in Anspruch zu nehmen, ihren Kapitalexport zu fördern, sich also in ihre Abhängigkeit zu begeben.

Und wie ist es mit den österreichischen Soldaten in fremden Ländern ? Ist es tatsächlich so, wie der Militarist S.Kreuter behauptet, daß "hunderte österreichische Soldaten den Frieden auf CYPERN, auf den GOLAN-Höhen und in ÄGYPTEN effektiv geschützt haben und immer noch schützen." ("Spind" 1/84, S.19) ?? Welchen "Frieden" denn ? Sie stehen dort mit der Waffe in der Hand gegen die Sache der nationalen und sozialen Befreiung der Völker dieser Länder. Sie sind faktisch Vollzugsgehilfen bei der Durchführung immer neuer barbarischer Aggressionen, Verbrechen und Massaker gegen die leidgeprüften Völker dieser Länder. Während sie einerseits die imperialistische Kriegs- und Aggressionspolitik der Imperialisten und Sozialimperialisten dulden und unterstützen, helfen sie andererseits, die "Ruhe und Ordnung" des imperialistischen Jochs über diese Völker aufrechtzuerhalten, üben also eine zutiefst reaktionäre und völkerfeindliche, dem Wesen nach imperialistische Funktion aus.



Auf den Golanhöhen: Österreicher fingen Guerilla

Solche und andere "stolze" Meldungen über die "Leistungen" der österreichischen Soldaten in Nahost wie die nebenstehende aus dem "KURIER" werfen ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die sie dort spielen!



DAS "NEUTRALE" ÖSTERREICH - EIN ZENTRUM DER "INTERNATIONALEN SICHERHEIT" ?

Auf der anderen Seite nützt die österreichische Bourgeoisie den formellen Status der "Neutralität" des Landes sowie seine geographische Lage dazu aus, Österreich selbst zu einer Drehscheibe imperialistischer Weltpolitik zu machen und bietet sich insbesondere den westlichen imperialistischen Großmächten, aber auch den russischen Sozialimperialisten, eifrig als Makler, Vermittler und Interessenvertreter an. In dieser Richtung liegen auch die Versuche, Österreich zum Verhandlungsplatz der Großmächte, zum bevorzugten Ort ihrer offenen und geheimen Verhandlungen zu machen und auch einen möglichst großen Teil des Apparats der UNO und ihrer Unterorganisationen ins Land zu bringen.

Obwohl die herrschende Bourgeoisie, unterstützt von den Revisionisten verschiedener Couleur, diese Bestrebungen und Aktivitäten dem arbeitenden Volk Österreichs mit der Behauptung schmackhaft machen will, ihr Erfolg würde Österreich "Wohlstand und Sicherheit" bringen, ist diese Politik in Wahrheit unmittelbar gegen die Interessen aller gegen den Imperialismus kämpfenden Völker und zugleich auch gegen jene des arbeitenden österreichischen Volkes gerichtet. Im Zuge dieser Politik wird der staatliche Unterdrückungsapparat aufgebläht und aufgerüstet, werden unter Berufung auf "Sicherheitserfordernisse" ausländischer Potentaten besondere bewaffnete Formationen gebildet wie die "Anti-Terror-Truppe COBRA", welche sich rühmt, "die beste der Welt" zu sein, werden bürgerkriegsähnliche Übungen veranstaltet, strömen jeweils ganze Horden von Angehörigen fremder Geheimdienste, Polizisten, Leibwächter und "Gorillas" ins Land, wächst zugleich auch der Druck auf die Arbeiterschaft, die "Ruhe" und "Sicherheitsbedürfnisse" der diversen Imperialisten-Häupter sowie der UNO-Behörden nicht durch Streiks, Demonstrationen udgl. zu "stören".



Kurzum: Die "Aktivitäten" der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs auf dem Gebiet der internationalen Diplomatie und Politik, auf dem diese nach Ansicht der Sozialchauvinisten noch "viel stärkere Beiträge" leisten soll, dienen nicht dem "Völkerwohl", der "Entspannung" und der "internationalen Sicherheit", sondern sind Ausdruck handfester imperialistischer Interessen, welche die Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals, die Kreisky, Sinowatz und Konsorten, lediglich geschickt hinter "Neutralitäts"-Phrasen und Geschwätz von Österreichs angeblicher "internationaler Friedensmission" verbergen.

"LANDESVERTEIDIGUNG" FÜR DEN "SCHUTZ DER NEUTRALITÄT" ?

Die imperialistische Bourgeoisie und ihre Lakaien in der Arbeiterbewegung betreiben folgende Demagogie: "Wir Österreicher brauchen die Landesverteidigung zum Schutze unserer Neutralität, wir müssen unsere Republik auch militärisch verteidigen. Das ist nichts schlechtes, sondern gut und notwendig. Ansonsten würden wir unser Land wehrlos einem Aggressor ausliefern." Diese Darstellung ist durch und durch verlogen.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und die Fortsetzung der Politik der österreichischen Bourgeoisie ist nicht die Verteidigung von "Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand" Österreichs, sondern die direkte oder indirekte Beteiligung am imperialistischen Krieg, die Sicherung der reaktionären Profitinteressen des Finanzkapitals gegen die Arbeiterklasse und die unterjochten Völker.

Hochaktuell ist in diesem Zusammenhang, was Lenin einst über die verräterischen Schweizer Sozialpatrioten, die "Grütlianer", gesagt hat und was sich ohne weiteres auf die heutigen österreichischen Sozialchauvinisten übertragen läßt:

> "Es ziemt einem Bourgeois, dem Volke, den Ausgebeuteten, Vertrauen zur Bourgeoisie einflößen zu wollen, die wirkliche imperialistische Politik 'seiner' Bourgeoisie durch plausible Redensarten zu verdecken zu suchen.
>
> Einem Sozialisten ziemt etwas ganz anderes. Nämlich: Diese wirkliche Politik 'seiner' Bourgeoisie ohne Illusionen und unbarmherzig zu entlarven. Die Fortsetzung dieser wirklichen Politik der schweizerischen Bourgeoisie wäre viel eher und viel 'natürlicher' (d.h. der Natur der Bourgeoisie entsprechender), daß sie ihr Volk an die eine oder an die andere imperialistische Mächtekoalition verkauft, als daß sie die Demokratie im wahren Sinne des Wortes im Gegensatz zu den Interessen des Profits zu wahren imstande wäre.
>
> 'Jedem das Seine': die Grütlianer als Diener und Agenten der Bourgeoisie mögen das Volk durch Phrasen wie 'Schutz der Neutralität' betören.
>
> Die Sozialisten, als Kämpfer gegen die Bourgeoisie, sollen dem Volke die Augen öffnen für die sehr reale, durch die ganze Geschichte der schweizerischen bürgerlichen Politik bewiesene Gefahr, von 'seiner' Bourgeoisie verkauft zu werden !" (Lenin, Der Schutz der Neutralität, LW 23, S.272/273, 1917, Sperrungen im Original)

In Wirklichkeit steht die Frage nicht so, wie sie die "Landesverteidiger" stellen. Es ist die unerbittliche Wahrheit, daß es für das Proletariat, für die ausgebeuteten und unterdrückten Massen nur die Wahl gibt:

E n t w e d e r den Heucheleien der falschen "Friedensfreunde" Glauben zu schenken und damit zur hilflosen Figur auf dem Schachbrett der imperialistischen Rivalitäten und Schachereien des Weltkapitals zu werden, der "eigenen" Bourgeoisie zu helfen, in der Krise und im Krieg ihre Ausbeuterprivilegien zu bewahren, die Mobilisierungen zu dem angeblichen Zweck des Schutzes der "Neutralität" zu unterstützen, täglich Gefahr zu laufen, auf dem Altar des Kapitals geopfert, im imperialistischen Krieg als Kanonenfutter verheizt zu werden; im Falle des "Sieges" in einem solchen Krieg mit Millionen Toten der österreichischen Bourgeoisie neue Milliarden Kriegsgewinne in die Taschen zu stecken, ihr neue gewinnbringende Kapitalanlagen im Ausland zu sichern usw. usf.

O d e r im engsten Bündnis mit den wirklichen Revolutionären, dem klassenbewußten Proletariat, den kämpfenden Massen aller "Groß"- und "Klein"mächte einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Imperialisten und Sozialimperialisten und zuerst gegen die "eigenen" zu führen, der herrschenden Bourgeoisie und ihrem Reden vom "Wohle des Vaterlandes" keinerlei Vertrauen zu schenken, die Opportunisten und Friedensheuchler zu isolieren; im Falle der siegreichen proletarischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Voraussetzungen zu schaffen, um den Hunger und die Kriege für immer loszuwerden, Schritt für Schritt zusammen mit den Arbeitermassen aller Länder und den unterdrückten Völkern die proletarische Weltrevolution durchzuführen.

Sicherlich wird es in keinem Fall ohne Opfer abgehen. Die Wahl ist bloß, ob das Proletariat diese Opfer der imperialistischen Bourgeoisie und einer der Großmächtekoalitionen o d e r aber der Sache der Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus, vom Hunger, vom Elend, von der Arbeitslosigkeit und den Kriegen bringen will.

"Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden Welt... nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution."
(Lenin, Zum 4.Jahrestag der Oktoberrevolution)



Lenin über:

DIE STELLUNG DER FRAGE DER LANDESVERTEIDIGUNG

Die Bürgerlichen wie auch ihre Nachtreter in der Arbeiterbewegung, die Grütlianer, stellen die Frage gewöhnlich so:

Entweder erkennen wir die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich an, oder wir machen unser Land wehrlos.

Diese Fragestellung ist total falsch.

In Wirklichkeit steht die Frage so:

Entweder wir lassen uns für die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie abschlachten, oder wir bereiten die Mehrheit der Ausgebeuteten wie auch uns selbst systematisch dazu vor, kleinere Opfer zu bringen zum Zwecke, die Banken zu nehmen, die Bourgeoisie zu enteignen, der Teuerung und den Kriegen überhaupt ein Ende zu machen.

•

Die erste Fragestellung ist eine durch und durch bürgerliche, keine sozialistische. Man beachtet nicht, daß wir in der Ära des Imperialismus leben, daß der heutige Krieg ein imperialistischer ist, daß die Schweiz bei jeder denkbaren Situation in diesem Kriege nicht *gegen* den Imperialismus kämpfen wird, sondern *an der Seite* der einen oder der anderen imperialistischen Mächtekoalition, also tatsächlich als Helfershelfer der einen oder der anderen großen Raubmächte, daß die schweizerische Bourgeoisie schon längst durch tausend Fäden imperialistisch „interessiert" ist, sei es durch ein Netz von Beziehungen und „Beteiligungen" zwischen den Großbanken, sei es durch Export von Kapital, sei es durch die auf Kosten der ausländischen Millionäre existierende Fremdenindustrie, sei es durch die schamlose Ausbeutung rechtloser ausländischer Arbeiter usw.

Kurz, man vergißt die ganze sozialistische Wissenschaft, alle sozialistischen Gedanken, man beschönigt den imperialistischen Raubkrieg, man gibt die „eigene" Bourgeoisie für ein unschuldiges Lämmlein aus, man schützt vor, die geriebenen Bankdirektoren der heutigen Schweiz seien heldenhafte Wilhelm Tells, man drückt beide Augen zu gegenüber den geheimen Abmachungen zwischen den einheimischen und den ausländischen Banken wie auch den Diplomaten, und man verdeckt diese unglaubliche Menge bürgerlicher Lügen mit der schönrednerischen, „populären", das Volk betörenden Phrase „Vaterlandsverteidigung"!

Geschrieben im Dezember 1916 in deutscher Sprache.
Zuerst veröffentlicht am 1. August 1929 in der „Prawda" Nr. 174.
Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

Lenin-Werke Bd.23, S.161/162

DAS KAPITALISTISCHE VATERLAND "SOZIAL VERTEIDIGEN"?

Eine ganze Reihe von Gegnern der "Abfangjäger" wenden sich gegen den Ankauf der "Draken" oder anderer "Überwachungsflugzeuge", weil das der Idee der "Sozialen Verteidigung" widerspreche.

Ist die "Soziale Verteidigung" tatsächlich eine Alternative zu der reaktionären "Vaterlandsverteidigung"? KEINESWEGS!

Genau wie bei der "traditionellen" militärischen "Vaterlandsverteidigung" ist das politische Ziel der "Sozialen Verteidigung", das Land gegen einen "Angreifer" zu verteidigen. Das imperialistische Österreich wird ebenfalls von vornherein und auf jeden Fall als bloßes "Opfer" eines "Aggressors" hingestellt.

In Wirklichkeit ist die "Soziale Verteidigung" nur eine bestimmte Form der "Verteidigung" der in Österreich bestehenden imperialistischen Ausbeuterordnung, der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs. Genau wie die anderen bürgerlichen Demagogen wollen die Propagandisten dieses "Verteidigungskonzepts" glauben machen, daß es in Österreich eine "soziale Republik", einen "Sozialstaat" gebe, den man verteidigen müsse. Bei der "Sozialen Verteidigung" Österreichs gehe es um das Eintreten für "ein politisches System", schwärmt etwa das "Profil" (Nr.19/85, S.26), deshalb werde es auch Zeit, daß diese Weiterentwicklung der "Vaterlandsverteidigung" endlich auch "zur staatlichen Verteidigungsdoktrin" (ebenda) werde! Und tatsächlich, den "Wert" dieser angeblich so fortschrittlichen "neuen Doktrin" hat auch das Bundesministerium für "Landesverteidigung" ausgezeichnet begrif-

fen, wenn es erklärt, daß sich die "Soziale Verteidigung" sehr gut in die "Umfassende Landesverteidigung" einbauen läßt und zu der Feststellung gelangt, daß neben der militärischen Verteidigung auch "geistige", "zivile" und "wirtschaftliche", d.h. "gewaltfreie Verteidigungsformen" nützlich und nötig seien (siehe "Spind" 3/84, S.14). Sollte das nicht jedem antiimperialistisch und antimilitaristisch eingestellten Menschen zu denken geben?

Ob militärisch, "geistig" oder "sozial" - die "Vaterlandsverteidiger" tun genau d a s, was die imperialistische Bourgeoisie Österreichs braucht:

Statt den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat gerade auch im Kriegsfall zu zeigen, predigen sie die "Gemeinsamkeit" des Interesses an der "Verteidigung der Heimat". Dort, wo es in Wirklichkeit darum geht, welcher der Imperialisten den größten Anteil an der Beute bekommt, schwätzen sie allgemein vom "Recht auf Verteidigung". D.h. sie tun genau das, was die Führer der sozialdemokratischen Parteien im 1.Weltkrieg machten und womit sie die II.Internationale in einen "stinkenden Leichnam" verwandelten, wie Rosa Luxemburg so treffend feststellte.

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN?

Gerade auch anhand der "Sozialen Verteidigung" läßt sich zeigen, daß sich sozialer und nationaler Chauvinismus einerseits und "Gewaltfreiheit" andererseits nicht ausschließen. Dieses Konzept ist nicht nur reaktionär in bezug auf das Ziel, die Herrschaft der "eigenen" Bourgeoisie unter allen Umständen zu verteidigen, sondern auch in bezug auf die propagierten Methoden. Die Propagandisten dieser "Theorie" dienen der herrschenden Klasse auch, indem sie den Unterdrückten und Ausgebeuteten die "Gewaltfreiheit" predigen.

"Frieden schaffen ohne Waffen" - das ist die Losung jener, die bewußt oder unbewußt die imperialistische Ausbeuterordnung verewigen wollen. Diese reaktionäre Losung ist sehr wichtig - wichtig für die Ausbeuter, die weiter "in Frieden" ausbeuten wollen und wichtig für die Kriegstreiber, die weiter "in Frieden" Kriege für Profit und gegen die Völker vorbereiten und durchführen wollen.

Gegen die Verfechter der "Gewaltlosigkeit" ist entscheidend die Klarstellung, daß es offenbar zwei einander diametral entgegengesetzte Arten der Gewalt gibt: die reaktionäre Gewalt und die revolutionäre Gewalt und man der ersteren einzig und allein durch Einsatz der letzteren beikommen kann. Wer verlangt, man sollte auf reaktionäre Gewalt mit "Gewaltlosigkeit" antworten, wer den Opfern der reaktionären Gewalt das Recht und die Pflicht auf Organisierung der revolutionären Gewalt verweigert, hilft damit - ob er das nun beabsichtigt oder nicht - der reaktionären Gewalt, hilft damit den Herrschenden, nicht nur ihre von katastrophalen Folgen begleitete Herrschaft aufrechtzuerhalten, sondern überhaupt weitgehend tun zu können, was immer sie mögen.

Lenin über:

BEWAFFNUNG DES PROLETARIATS ZUM ZWECKE, DIE BOURGEOISIE ZU BESIEGEN, ZU EXPROPRIIEREN UND ZU ENTWAFFNEN!

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die „Forderung" der „Entwaffnung" aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren *und zu entwaffnen* – das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die *ganze objektive Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann – aber nicht früher* – tun wird...

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt – er *muß* daher zur weitern Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, mit solcher schändlichen Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen' Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten."

Lenin-Werke Bd.23, S.76-78, 1916

Es ist einfach lächerlich, einer hochorganisierten Gewaltmaschine gegenüber wesentliche Forderungen, welche Interessen der Dirigenten dieser Gewaltmaschine ernstlich verletzen, mit "Gewaltlosigkeit" verwirklichen zu wollen.

Ein wirklicher Frieden kann nur ein Frieden ohne Ausbeuter sein - und diesen Frieden kann man nicht "friedlich" und "gewaltlos" erreichen, nicht ohne zu den Waffen zu greifen, nicht ohne Revolution, nicht ohne gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates durch die bewaffneten Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse, nicht ohne Errichtung einer neuen, einer revolutionären bewaffneten Macht, der Diktatur des Proletariats, die allein die Voraussetzungen für einen wirklichen Frieden schaffen und gewährleisten kann.



ZENTRALE AUFGABEN DES UNVERSÖHNLICHEN KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG

● Die Antwort des Proletariats auf den imperialistischen Krieg muß die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung revolutionärer Massenaktionen sein mit dem Ziel der

■ Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturze der herrschenden Bourgeoisie.

In einem imperialistischen Krieg muß das Proletariat in jedem Land für die Niederlage der "eigenen" imperialistischen Bourgeoisie sein, denn es kann nicht den Zusammenhang übersehen zwischen den militärischen Niederlagen der herrschenden Klasse an den Kriegsfronten und ihrer Schwächung im Inneren, was ihre Niederwerfung erleichtert. Gegen das imperialistische Völkergemetzel muß in Theorie und Praxis für die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, für die Verbrüderung der in den Soldatenrock gesteckten Arbeiter und Bauern an den Fronten gekämpft werden.

● Gegen die massive Kriegshetze in Radio, Fernsehen und allen Propagandasprachrohren der Bourgeoisie, die sich bei Ausbruch eines imperialistischen Krieges um ein Vielfaches steigern wird, gegen den schon jetzt gezüchteten chauvinistischen Taumel muß jeder Revolutionär den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen und am Ziel des Sturzes der imperialistischen Ordnung festzuhalten.

● Der chauvinistischen Hetze muß die Entlarvung aller und jeglicher Rechtfertigungen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und der reaktionären Ziele, um die der Krieg wirklich geführt wird, entgegengestellt werden. Es muß entlarvt werden, daß die westlichen Imperialisten ebensowenig den Krieg vorbereiten, um die "Demokratie" gegen die "Diktatur", die "Freiheit" gegen die "Unfreiheit" zu schützen, wie die russischen Sozialimperialisten "den Sozialismus verteidigen", den sie schon längst selbst verraten und verkauft haben.

● In der sich zunehmend verschärfenden Krise müssen die zynischen Anstrengungen der Bourgeoisie und ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbonzen, der Arbeiterbürokraten und der vom Imperialismus bestochenen Arbeiteraristokratie, unermüdlich bekämpft werden, mit denen sie die Stärkung der internationalen Ausbeuterpositionen der "eigenen" Bourgeoisie besonders durch eine noch stärkere Auspressung der unterjochten Völker und schließlich den imperialistischen Raubkrieg als unterstützenswerten "Ausweg" für die Arbeiter aus Krise und Arbeitslosigkeit hinstellen.

● Die langwierige, schwierige und opferreiche Antikriegsarbeit ist unmöglich, ohne sich und andere rechtzeitig, sorgfältig und mit wissenschaftlicher Planung auf den illegalen Kampf mit allen Konsequenzen vorzubereiten.

Unweigerlich durchbricht auch die "demokratischste" Bourgeoisie bei jeder ernsthaften Krise ihre eigene Legalität. Insbesondere der imperialistische Krieg bedeutet für die arbeitenden Massen die Verhängung des Belagerungszustandes, ein Militärzuchthaus für die Werktätigen "an der Heimatfront", die gnadenlose Verfolgung der internationalistischen Revolutionäre.

● Von lebenswichtiger Bedeutung ist, keine Illusionen über die Hauptstütze der imperialistischen Staatsmaschinerie, ihre Armee, zu haben und von vornherein außerhalb und innerhalb dieser Armee auf die Zerschlagung dieses Machtinstruments der Bourgeoisie in der proletarischen Revolution hinzuarbeiten.



ZELTWEG: "Offiziell" nicht vorgesehene echte Antikriegslosungen sorgen für Erregung (Siehe S.9-11)



VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

Zur Demonstration gegen "Abfangjäger" in Zeltweg

Wird es in Zeltweg zu einem "zweiten Hainburg" kommen ? Diese Frage wurde in den Wochen davor nicht nur in den bürgerlichen Medien "erörtert", sondern war auch eine Hauptsorge der Sachwalter der österreichischen Monopolbourgeoisie, der Sinowatz-Steger-Regierung. Bereits Anfang Mai ging durch die Presse, "daß selbst höchste Stellen des Verteidigungsministeriums mit einer Blockade des Flugplatzes Zeltweg oder dessen Besetzung (analog zur Aubesetzung in Hainburg) rechnen !" ("Kurier", 4.5.1985)

Kein Zweifel wurde daran gelassen, daß man dergleichen keineswegs dulden werde. Schließlich gehe es hier nicht um die Besetzung einer Au-Wiese, sondern um einen "Militärbereich", den es mit allen Mitteln zu "schützen" gelte, auch wenn - noch ! - "kein Schießbefehl" gegeben werde, wie es aus Frischenschlagers "Verteidigungs"ministerium tönte.

Während die bürgerlichen Machthaber Österreichs sich maximal auf eine mögliche "Konfrontation" in Zeltweg vorbereiteten, wäre ihnen eine solche zu diesem Zeitpunkt dennoch wenig gelegen gekommen und war ihnen einiges daran gelegen, den Widerstand gegen ihre militaristische Politik auf weniger dramatische Art und Weise aufzufangen als das etwa ein großangelegter Polizeieinsatz zur Niederprügelung von Demonstranten gewesen wäre. Schließlich wollten sie gerade anläßlich des 30.Jahrestags des Abschlusses des Staatsvertrags am 15.Mai 1955 vor aller Welt zeigen, was für ein über alle Maßen demokratischer Staat die 2.Republik Österreichs ist. In diesem Sinne wird im "Profil" auch ein Bundesheer-Offizier zitiert, der über einen Armee-Einsatz gegen Demonstranten in Zeltweg "seufzend" sagte: "Unser ganzes mühsam aufgebautes Image vom volksverbundenen Milizheer wäre mit einem Schlag zerstört". ("Profil" Nr.19/85, S.20). Es ist klar: Nur wenige Monate nach "Hainburg" hätte ein vielleicht noch massiverer Polizei-Einsatz in Zeltweg und möglicherweise auch ein Einsatz von Armee-Truppen gegen Demonstranten das "volksverbundene" Image dieses bürgerlichen Staates ziemlich beeinträchtigt.

Die Herrschenden waren deshalb bemüht, es von vornherein erst gar nicht so weit kommen zu lassen. Eine Maßnahme, um einer möglichen Besetzung des Stationierungsgeländes der "Draken" "vorzubeugen", bestand in gezielten Meldungen in bürgerlichen Medien über "Manöver während Abfangjäger-Demo in Zeltweg" ("Kurier", 4.5.1985). Das "Profil" schrieb darüber: "Die Fliegerdivision hat gleich nach der Friedenskundgebung eine große 'Luftverteidigungsübung' angesetzt - im Raum Zeltweg und Graz-Thalerhof. Neben den Fliegern sollen auch Wachkompanien aufmarschieren - zwecks Sicherung und Verteidigung des Flughafens Zeltweg. Solche Wachkompanien oder 'Objektschutztruppen' sind für besonders realistische Manöver berüchtigt. In Braunau übte eine Wachkompanie 1983 den Kampf gegen Friedensdemonstranten." ("Profil" Nr.19/85, S.19/20).

Auch wenn derartige Meldungen dann und wann wieder "dementiert" und als "irrtümlich" hingestellt wurden und offenbar bewußt zu dem Zweck lanciert wurden, unter den Gegnern des Ankaufs von "Abfangjägern" Verwirrung zu stiften und Unruhe hervorzurufen, war es zugleich doch eine Tatsache, daß in Zeltweg starke Repressionskräfte zusammengezogen wurden.

Um jedem möglichen "Besetzer" oder "Blockierer" des Stationierungsgeländes von vornherein den "Geschmack" an einer antimilitaristischen Widerstandsaktion zu "verderben", ließ man demonstrativ in bürgerlichen Medien bißstarke Rottweiler-Hunde als "schärfste Abschreckung gegen mögliche Übergriffe" präsentieren ("Neue Zeit", Graz, 18.5.1985): "Rottweiler haben eine Bißkraft von rund 450 Kilogramm pro Quadratzentimeter, das bedeutet ein Gewicht von drei Tonnen, das

beim Angriff zupackt." (Ebenda). Das wurde auch gleich "anschaulich" gemacht: "Die Schwiegermutter eines Hundeführers kann davon ein Lied singen: Weil sie dem Hund ein ihrer Meinung nach zu heißes Fressen vorgesetzt hatte und es ihm wieder wegnehmen wollte, um es auskühlen zu lassen, biß ihr das Tier Ober- und Unterarm in Brüche." (Ebenda).

Bei "Abschreckungsmaßnahmen" ließ man es allerdings nicht bewenden. Zugleich verlegten sich die Staatsorgane - wie gewohnt - auf "strenge Überwachung": "Schon seit Tagen im Einsatz waren in Zeltweg auch die Staatspolizisten der Sicherheitsdirektion für Steiermark. Unter der Leitung von Dr. Guido Kollaritsch (...) hatten sie schon lange vorher ermittelt und vorbeugende Maßnahmen gegen eventuelle Ausschreitungen getroffen. Die Demonstration selbst wurde von ihnen ebenfalls streng überwacht." ("Kleine Zeitung", Graz, 19.5.1985). Um irgendwelchen "Vorwürfen" zu begegnen, daß zur "allseitigen Kontrollierung und Überwachung" zu wenig getan worden sei, wurde ausdrücklich festgestellt: "Daß unsere Staatspolizei nicht immer am Ort des Geschehens sei, kann keiner mehr behaupten: Wo immer im Friedenscamp eine größere Zusammenrottung stattfand, war die Stapo präsent." ("Neue Zeit", Graz, 19.5.1985).

Die Repräsentanten der in Österreich bestehenden Ausbeuterordnung verließen sich allerdings nicht allein auf "schärfste Abschreckung" und "strenge Überwachung". Ihre Rechnung wäre womöglich nicht so glatt aufgegangen, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, mit den maßgeblichen Organisatoren der Kundgebung zu Vereinbarungen und Absprachen darüber zu kommen, daß "absolut nichts passiert", was angesichts der absoluten "Staatstreue" und der panischen Angst dieser Leute vor "Ungesetzlichkeiten" keine große Schwierigkeit darstellte.

Abgesehen von den nicht antiimperialistischen, ja vielfach sogar regelrecht proimperialistischen Inhalten der Anti-Draken-Kundgebung in Zeltweg, die im Flugblatt der MLPÖ ausführlich kritisiert und verurteilt werden, war es auch die ganze Art der Veranstaltung, womit die Organisatoren der Zeltweg-Kundgebung den Wünschen des bürgerlichen Staates entsprachen. Ihrer Konzeption gemäß sollten die Teilnehmer der Aktion "in der Tat nur eine Menschenkette von Knittelfeld nach Zeltweg bilden, am Friedensgebet teilnehmen und sich beim Konzert 'Rock gegen Abfangjäger' austoben." ("Profil", Nr.19/1985, S.18).

Äußerst bezeichnend ist, daß "K"PÖ-Leute, deren größte Sorge offensichtlich die Sicherung von "Ruhe und Ordnung" im Staate ist, am Vorabend im "Friedens-Camp" auf der Suche nach "Ordnern" schließlich die Mitteilung machten, daß man nun doch nicht so viele "Ordner" brauche wie ursprünglich angenommen, weil mehr Polizei-Kräfte da seien als erwartet und deshalb die "Gefahr" gering sei, daß "was passiert". So arbeiteten revisionistische "Ordner" auf der einen und Polizei und Militär auf der anderen Seite Hand in Hand zusammen, gab es faktisch eine Arbeitsteilung zwischen ihnen, die nur deshalb nicht deutlicher zum Vorschein kam, weil es keine Veranlassung dazu gab.

Sehr deutlich wird diese Atmosphäre vor der Demonstration in der Grazer "Neuen Zeit" beschrieben, wo es diesbezüglich heißt: "Insgesamt herrschte eine optimistische und konsensbereite Stimmung für die heutige Demonstration. Gestern zu Mittag statteten Josef Seidl und Wolfgang Poller als Vertreter der Friedensbewegung und Ing.Gerhard Bischof von der 'Courage gegen Mirage' dem Militärkommandanten Hubert Albrecht und Kasernenkommandanten Oberst Eitner einen 'Antrittsbesuch' in der Zeltweger Kaserne ab.

Divisionär Albrecht bedankte sich ausdrücklich für den Besuch und gab sich 'überzeugt, daß die Demonstration friedlich verlaufen wird'. Bereits die Kundgebung bei einer Angelobung in Feldkirchen sei ein eindrucksvoller Beweis für das Demokratieverständnis der Demonstranten gewesen. Oberst Eitner bekräftigte, daß die Hundestaffel ausschließlich zum Schutz innerhalb der Kaserne gedacht sei. Abschließend lud Divisionär Albrecht die Proponenten der Organisatoren für morgen, Sonntag, zu einem ausführlichen Gespräch ein." ("Neue Zeit", 18.5.1985)

"Demokratieverständnis" nach dem Geschmack der herrschenden Bourgeoisie ist klarerweise das, was ihre Interessen nicht berührt, das oben bereits zitierte "Austoben" von "Protest", der keinem weh tut. Und leider muß man feststellen, daß der Kundgebung in Zeltweg auch wirklich jeder kämpferische Charakter fehlte.

Tatsächlich, für "Aufregung" sorgte in Zeltweg nur, daß die ganze 7 Kilometer lange Strecke der Menschenkette zwischen Zeltweg und Knittelfeld mit Parolen gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg verziert war, die anscheinend von Menschen gesprüht wurden, die Sympathien zur MLPÖ haben, wenngleich die von ihnen angebrachten Losungen nicht immer die nötige Klarheit hatten. Außerdem waren entlang der Strecke und im Friedenscamp Plakate aufgehängt, die vergrößerte Faksimiles der RF 205 "Geht den Friedensheuchlern nicht auf den Leim !" und der RF 214 "Lehrstück 'Hainburger Au'" darstellten.

Die MLPÖ gab zur Zeltweg-Demonstration das Flugblatt "'Keinen Mann und keinen Groschen' für diese Armee und diesen Staat!" heraus, das auf kein geringes Interesse stieß.

WAS FÜR AUFREGUNG SORGTE...

Süd-Ost **Tagespost** Sonntag 19. Mai 1985

Die Tageszeitung der Steiermark

Erscheinungsort Graz
P.b.b. Verlagspostamt 8020 Graz

Für die Kette hat es gereicht

10.000 bei Demonstration

ZELTWEG (TP) – Nicht die von den Veranstaltern erhofften 20.000 Demonstranten, sondern weniger als die Hälfte bildeten gestern eine geschlossene Menschenkette zwischen Zeltweg und Knittelfeld. Man protestierte gegen jede Art von Abfangjäger, gegen Weltraumwaffen und Atomkrieg. Die Demo verlief ruhig.

Für Aufregung sorgte nur eine nächtliche Schmieraktion der „Marxistisch-leninistischen Partei Österreichs", die sämtliche Ortstafeln und Hinweisschilder der Region mit Parolen wie „Krieg dem Krieg" oder „Keinen Groschen für das Bürgerheer – MLPÖ" besprüht hatte. Die Menschenkette sowie die anschließende Kundgebung in Zeltweg verliefen ohne Zwischenfall. Nach Angaben der Gendarmerie beteiligten sich „kaum mehr als 5000 Demonstranten" an der Veranstaltung, die Organisatoren sprechen hingegen von „mindestens 15.000 Menschen". Jedenfalls gelang es, die 7,5 Kilometer zwischen Knittelfeld und Zeltweg vollkommen mit Menschen auszufüllen.

Auf den mitgebrachten Transparenten protestierten die Demonstranten nicht nur gegen die Draken, sondern prinzipiell gegen Abfangjäger. Wolfgang Poller, Koordinator der Menschenkette, meinte in seiner Rede, solange die Sozialleistungen gekürzt würden, dürfe an Abfangjäger gar nicht gedacht werden. Er kritisierte aber auch Landeshauptmann Krainer, dem er Unglaubwürdigkeit vorwarf. Am Abend gab es „Rock gegen Abfangjäger" mit Sigi Maron und „Jazz-Gitti". *(Seite 4.)*



Etwa 10.000 Menschen nahmen gestern an der Friedenskundgebung teil. Nicht alle mit bitterem Ernst

Von den Veranstaltern nicht eingeplant waren die Schmieraktionen einer Gruppe, die sich MLPÖ nennt. Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs. Zwischen Zeltweg und Knittelfeld beschmierte sie Ortstafeln und Plakatwände mit ihrem Signum und dem Spruch: „Bürgerkrieg statt 3. Weltkrieg".

Die Veranstaltung verlief, sieht man von den Beschmierungen einiger Ortstafeln ab, absolut friedlich.

Kleine Zeitung
Sonntag
19. Mai 1985

Menschenkette

Mit einer Menschenkette demonstrierten Samstag etwa 5000 Personen — die Organisatoren hatten 20.000 erwartet — in Zeltweg gegen Abfangjäger, Weltraumrüstung und gegen Atomwaffen. KP-Gruppen besprühten Ortstafeln.

"Wiener Zeitung", 19.5.85

Ernst Kret von der Aktion „Lehrer für den Frieden" auf die Frage, wer für die jüngsten Ortstafelsprühaktionen in Zeltweg (MLPÖ = Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs, „Krieg dem imperialistischen Krieg") verantwortlich ist: Wir distanzieren uns davon und haben damit nichts zu tun; wir sind sehr unglücklich darüber. Ich war hier im Camp für das Lager verantwortlich (80 Zelte, 500 Leute), und da hat es keinerlei Probleme gegeben.

Unter den Insassen der Autobusse aus dem Osten des Landes befanden sich zum Leidwesen der Bürgerinitiativen viele linksradikale Gruppen, die sich vor der Demonstration eifrig mit Sprühdosen-Parolen betätigten.

"Kurier", 19.5.1985

ES KANN DIE BEFREIUNG DER ARBEITER NUR DAS WERK DER ARBEITER SEIN !

Aus einem GDS-Flugblatt vom Mai 1984

DER ÖKONOMISCHE ABWEHRKAMPF DER ARBEITER IST GERECHT

Jeder weiß es: Bei 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, drohenden Massenentlassungen usw. wird die Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken intensiviert, Unfälle häufen sich, in 8 Stunden wird so viel geschuftet wie früher in 10 !

Lohnerhöhung? Seit Jahren schon übersteigen Inflation, Preissteigerungen aller lebensnotwendigen Mittel die lächerlichen "Lohnerhöhungen" der letzten Jahre, die in Wirklichkeit Lohnsenkungen waren.

Was tun? Das Kapital und seine bezahlten Papageien haben ein dichtes Lügengespinst um die Frage gewoben: Wodurch wird die Höhe der Löhne der Arbeiter bestimmt? Es wimmelt nur so von pseudowissenschaftlichen Erklärungen und Analysen, die alle in der faulen Behauptung gipfeln: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, kurz jede Besserung der Lage der Arbeiter bedeute den "RUIN der deutschen Wirtschaft", Lohnerhöhung sei nur bei Vollbeschäftigung möglich.

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiter im großen und ganzen ihr Existenzminimum erhalten - zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Die Höhe dieses Existenzminimums hängt jedoch im einzelnen konkret ab vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Fabrikbesitzern, vom Stand der Klassenkämpfe.

Der erbarmungslose Kampf um Maximalprofit gegen die Arbeiter und gegen die kapitalistische Konkurrenz führt zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die immer schlimmer wird, wenn die Arbeiter nicht anfangen zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also Druck zu erzeugen. Nur dann können sie diese generelle Abwärtsbewegung ihrer Lage wenigstens verlangsamen.

Die Forderung nach Verbesserung ihrer Lage umfaßt einen ganzen Katalog: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaubstage, früheres Rentenalter. Angesichts der ungeheuren Intensivierung der Ausbeutung in den letzten Jahren kommt der Verkürzung der Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu. Es ist eine berechtigte Forderung, wenn und solange sie wirklich dazu dient, den Abwehrkampf der Arbeiter gegen das Kapital für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu führen.

Eins steht jedenfalls felsenfest: Verbessern kann sich die Lage der Arbeiter nur durch den organisierten und bewußten Kampf, durch gut vorbereitete Streiks und all die Kampfformen, die dem Kapital WIRKLICH SCHLÄGE VERSETZEN!

WIE KAPITAL UND DGB-FÜHRER DIE FORDERUNG NACH DER 35-STUNDEN-WOCHE UMBIEGEN ZU EINER LOSUNG FÜR KURZARBEIT, LOHNVERZICHT UND VERSTÄRKTE ARBEITSHETZE

Was sich bei den Verhandlungen zwischen Kapitalistenverbänden und den DGB-Gewerkschaftsspitzen abspielte und noch weiter abspielt, spottet jeder Beschreibung:

Um die Manager des Kapitals zu "überzeugen" von den Verbesserungen, die die 35-Stunden-Woche bringt, wird auf die großen Vorteile .. für wen? .. für das Kapital hingewiesen: BESSERE AUSLASTUNG DER ANLAGEN durch BESSER ZU ORGANISIERENDE SCHICHTEN, ABSOLUTE VERRINGERUNG DER LOHNKOSTEN usw. Die Verhandlungen werden zu Fachsimpeleien über die besten Methoden der Ausbeutung bei möglichst geringen Kosten!*

* Siehe Fußnote auf S.13

Am Ende des Monats real weniger Lohn - das bedeutet die ganze Verhandlungstaktik der DGB-Spitzen, und das bei intensivierter Ausbeutung !
Ohne entschiedenen selbständigen Kampf der Arbeiter in den Betrieben ohne und gegen die DGB-Führung gerade gegen diese ins Auge gefaßten Verhandlungsergebnisse, wird mit der an sich richtigen Losung von der 35-Stunden-Woche in Wahrheit KURZARBEIT BEI LOHNVERZICHT, vielleicht auf mehrere Jahre, herauskommen!
Wenn Arbeiter, die diesen Betrug der DGB-Führer erkennen, sich deswegen vom Kampf überhaupt fernhalten, dann ist das das Falscheste, was sie tun können:
Nicht den Kampf abschwächen, sondern ihn verstärken! Aus guten und aus schlechten Erfahrungen lernen, um weitere Kämpfe vorzubereiten! Vor allem aber sich selbst und anderen bewußt machen:
WER SICH AUF DIE DGB-FÜHRER VERLÄSST, DER IST WIRKLICH VERLASSEN!

Nur auf die eigenen Kräfte sich stützen - das ist der Kern auch im ökonomischen Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter. Kämpfen, nicht jammern!

DAS MÄRCHEN, DIE 35-STUNDEN-WOCHE KÖNNTE DIE ARBEITSLOSIGKEIT BESEITIGEN

Die DGB-Führer verbreiten als hemmungslose, geschulte Demagogen - an die Gefühle der Solidarität der Beschäftigten mit den arbeitslosen Arbeiter appellierend - das Märchen, daß die 35-Stunden-Woche das Mittel gegen Arbeitslosigkeit schlechthin sei. Um alles in der Welt müssen sie verhindern - das ist ihre Aufgabe -, daß die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit erkannt und bekämpft werden.

Kann die 35-Stunden-Woche etwa verhindern, daß Großkonzerne mittlere und kleine Betriebe in den Bankrott treiben, ja selbst in Konkurrenz gegen andere Großkonzerne Bankrott machen? Daß Arbeiter in der Folge in Massen entlassen werden? Kann die 35-Stunden-Woche etwa verhindern, daß im Konkurrenzkampf der Monopolkapitalisten der Welt westdeutsche Betriebe Konkurs oder Kurzarbeit verordnen, um konkurrenzfähig zu bleiben? Können Massenentlassungen durch Rationalisierung durch die 35-Stunden-Woche verhindert werden? Kann so die ganze Anarchie und Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion, die Krise beseitigt werden? DAS IST UNMÖGLICH !
Denn die Ursachen für alle diese für den Arbeiter äußerst brutalen Erscheinungen liegen tiefer, sie sind begründet im Privateigentum an den Produktionsmitteln, an Fabriken, Maschinen, sie sind begründet in einem System, das auf dem Gesetz aufgebaut ist:
PROFITMACHEREI und erbarmungsloser Konkurrenzkampf, ausgetragen auf dem Rücken und durch die Ausbeutung der Arbeiter!

Sowohl die arbeitslosen Arbeiter als auch die Beschäftigten sollen nicht wissen, daß das ganze System des Kapitalismus zwangsläufig und gesetzmäßig zur Arbeitslosigkeit führt.

Doch die von Marx und Engels aufgedeckte Wahrheit, daß die Beseitigung des kapitalistischen Systems, die Abschaffung des Profitsystems, die Übergabe sämtlicher Fabriken und Produktionsmittel in die Hand der Arbeitenden selbst der einzige

---

Fußnote zu S.12:

In "Der Spiegel" Nr.12/1984 wird ein bezeichnendes Gespräch zwischen dem Gesamtmetall-Chef Kirchner und dem IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen abgedruckt:

Dieser DGB-Bonze erläutert folgendermaßen die Vorteile der 35-Stunden-Woche - nicht für die Arbeiter, sondern für das Kapital:

> "Wenn wir einmal davon ausgehen, daß ein Betrieb mit der gleichen Belegschaft bei 35-stündiger Arbeitszeit das gleiche Produktionsergebnis erwirtschaftet, dann ist das Unternehmen auch bei vollem Lohnausgleich durch die Einführung der 35-Stunden-Woche kostenmäßig überhaupt nicht belastet. Es ist im Gegenteil entlastet: fünf Stunden weniger Energieverbrauch, fünf Stunden weniger Anwesenheit im Betrieb, fünf Stunden weniger Strom und was weiß ich alles.
>
> Die Regel wird sein, daß die Unternehmen mit der gleichen Belegschaft und den gleichen Maschinen eben nicht so viel wie bisher produzieren können. Und das heißt, ein Teil der Unternehmen rationalisiert.
>
> Es wird, Gott sei's geklagt, für den einen oder anderen eine Leistungsverdichtung geben. Hinzu kommt: Es wird die achte Stunde weggeschnitten am Tage. In der achten Stunde bringt der Arbeiter nur die Hälfte des Schnitts der ersten sieben Stunden. Es ist also nicht ein Achtel, was er an Leistung weniger bringt, sondern nur ein Sechzehntel. Alles das führt natürlich zur Produktivitätssteigerung." ("Der Spiegel" Nr.12/84, S.108)

Dieses Beispiel alleine müßte ausreichen, um zu zeigen, daß die 35-Stunden-Woche als Forderung nicht allein stehen kann, daß sie sich ebenfalls gegen intensivere Arbeitshetze und Lohnkürzungen richten muß.

Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Krisen und auch Kriegen ist, diese Wahrheit wird sich auch in der Arbeiterbewegung in Westdeutschland durchsetzen, aber nur im scharfen Kampf gegen die DGB-Fürsten.

GEGEN DEN DEUTSCHEN CHAUVINISMUS DER DGB-FÜHRUNG

Eines der wichtigsten Mittel der politischen Spaltung und der Demoralisierung der Arbeiter in Westdeutschland ist die Politik gegenüber den Arbeitern aus anderen Ländern, die hier in Westdeutschland leben und arbeiten. Hier ist schon unmittelbar eine Politik der "Arbeitslosenbeseitigung" durch Abschiebung und Ausweisung eingeschlagen worden, die das alarmierendste Zeichen der Entwicklung in Westdeutschland in den letzten Jahren ist. Die massive Bedrohung mit Ausweisung, die bereits erfolgten tausendfachen Abschiebungen - nicht zuletzt in die Folterkammern faschistischer Regimes der ganzen Welt, die mit den Geldern der westdeutschen Imperialisten für AUSBEUTERRUHE sorgen - all das muß die Kampfkraft der Arbeiter in Westdeutschland massiv einschränken und tut es auch.

Eine Grundvoraussetzung ist daher die Solidarität mit den Arbeitern aus anderen Ländern zu praktizieren, gerade auch am jeweiligen Arbeitsplatz.

Wenn die massive Abschiebungs- und Ausweisungskampagne weiterhin fast ohne Kampf der Arbeiter - egal aus welchem Land - durchkommt, so wird auch ein wesentliches Merkmal jedes Kampfes der Arbeiter, die SOLIDARITÄT, abgeschoben! Die Folgen auch für die Kampfmoral der deutschen Arbeiter, die kampflos zuschauen, wie die Rechte ihrer Klassenbrüder mit Füßen getreten werden, sind gewaltig.

Es ist gerade ein wesentlicher Anklagepunkt gegen die deutsch-chauvinistische Gewerkschaftsführung, daß sie so tut, als ob ein besonderer Kampf gegen die "Ausländer raus!"-Politik unnötig, überflüssig sei; angeblich sei durch den Kampf für die 35-Stunden-Woche "alles erledigt", da stecke Joch "alles" drin; "nur die 35-Stunden-Woche kann Arbeitslosigkeit und somit auch die Ausländerhetze beseitigen", so oder ähnlich lauten ihre Phrasen. Die gesamte politische Realität in Westdeutschland stellt die Aufgabe, daß -in erster Linie in den Betrieben- ein heftiger Kampf gegen die "Ausländer raus!"-Politik aller Schattierungen geführt werden muß, denn täglich werden schon die Kollegen aus anderen Ländern in den Betrieben abgeschoben, ausgewiesen, rausgeekelt, beleidigt und beschimpft.

Ein Kampf für die 35-Stunden-Woche, der diese Aufgabe ausklammert und nicht vorrangig die Spaltungspolitik und die rassistisch-faschistische Ideologie gegen die Arbeiter anderer Länder, vor allem aus der Türkei, bekämpft, ist kein wirklicher Kampf der Arbeiter in Westdeutschland, sondern wäre ein Ablenkungsmanöver von den brennendsten Erfordernissen für j e d e n Kampf in den Betrieben, wäre eine ABLENKUNG VOM KAMPF FÜR DIE EINHEIT DER ARBEITER, egal aus welchen Ländern sie kommen!

Es ist unmöglich, daß sich eine kämpferische Arbeiterbewegung entwickelt, solange die Arbeiter es einigen Pfaffen überlassen, von Abschiebung bedrohte Arbeiter aus anderen Ländern zu verstecken, selbst aber nichts tun, und die "Legalität" dieses Staates abergläubisch anbeten, anstatt alle Formen der nötigen Solidarität zu entwickeln.

Dieses Erfordernis des PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS, der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder auch bereits in den Tageskämpfen bedeutet auch, daß die Arbeiter in Westdeutschland in richtiger Weise und im harten Kampf gegen die DGB-Fürsten der Demagogie der offiziellen Unternehmerverbände entgegentreten müssen.

Deren HAUPTARGUMENT gegen Lohnerhöhung, Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung ist:

Das hilft nur der Konkurrenz aus anderen Ländern (vor allem "Japan" wird hier beschworen!), wir können dann nicht mehr gegen den Konkurrenzdruck bestehen!

Zu diesem Punkt fällt IG Metall-Bonzen Janßen etwa nichts besseres ein als die folgende deutsch/europäisch-chauvinistische Bemerkung:

> "Irgendwo gibt's immer noch welche, die billiger arbeiten.. dann landen Sie irgendwo im Busch"! (SPIEGEL 12/84, S.110)

Aber es ist natürlich auch nicht von solchen chauvinistischen Arbeiterbürokraten der DGB-Spitze etwas anderes zu erwarten. Die Arbeiter aber, die wirklich für eine Verbesserung der Lebenslage hier kämpfen, dürfen sich von der unverhüllten Drohung des Kapitals, von ihrer Aufforderung zur "Zusammenarbeit aller Deutschen, von Kapital und Arbeit" gegen die japanischen, englischen, amerikanischen, russischen Konkurrenten, ja Feinde, von ihrer Aufforderung zur "deutschen Volksgemeinschaft" nicht einschüchtern lassen und zu keiner faulen Argumentation hinreißen lassen!

All die Arbeiter in anderen Ländern, die "billiger" arbeiten, sei es in Japan oder, wie der Rassist Janßen verächtlich bemerkt, "im Busch", also in den Ländern, Asiens, Afrikas, Südamerikas, k ä m p f e n a u c h für bessere Arbeitsbedingungen. Diesen Kampf gilt es zu propagieren und tatkräftig zu unterstützen, man muß ihn genau kennen, um aus diesem Kampf zu lernen und vor allem um zu begreifen, daß dieser Kampf d i r e k t eine Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter in Westdeutschland ist. Denn das Kapital ist international, jeder Schlag gegen das internationale Kapital - ob durch Arbeitskämpfe, oder gar durch Aufstände, bewaffnete Erhebungen und Revolutionen - ist eine H i l f e für die Arbeiter und die übrigen Werktätigen der anderen Länder.

Dies gilt ganz besonders für den Kampf der Arbeiter d e r Länder, in die die westdeutsche Bourgeoisie aus guten Gründen Millionen und Abermillionen an Kapital exportiert, um dort - mit Unterstützung der von ihr mitfinanzierten Staatsapparate - die Arbeiter ganz extrem auszubeuten und riesige EXTRA-PROFITE herauszuschlagen, mit denen dann Leute wie Herr Janßen und die DGB-

Einige notwendige Kritikpunkte am GDS - Flugblatt

In den eigenen Reihen und im Umkreis von GDS hat es eine Reihe von Kritiken am Flugblatt von GDS gegeben, die wir richtig finden. Nachstehend geben wir die Antwort der Leitung von GDS auf die inhaltlichen Hauptpunkte der Kritiken wieder.

In den Diskussionen über die Mai-Zeitung von "Gegen die Strömung" kristallisierten sich einige wichtige Mängel heraus.

Zum einen wäre es notwendig gewesen, eine kurze Zusammenfassung dessen zu geben, was die Höhe des Arbeitslohns bestimmt: Wie jede andere Ware wird auch die Ware Arbeitskraft im Durchschnitt zu ihrem Wert ge- und verkauft. Im Durchschnitt deshalb, weil die konkrete Lohnhöhe des Einzelnen nicht zu jedem Zeitpunkt diesem Wert entspricht, sondern nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage bald über diesen steigt, bald unter diesen fällt. Doch auch der Wert der Ware Arbeitskraft selbst ist keine fixe Größe, er wird gebildet aus einem rein physischen Element (Menge der absolut notwendigen "Lebensmittel", welche die untere Grenze des Werts bestimmt) und aus einem historischen oder gesellschaftlichen Element (traditioneller Lebensstandard), welches wesentlich abhängt vom Stand der Klassenkämpfe, vom Kräfteverhältnis der Kämpfenden (vgl. Karl Marx, "Lohn, Preis und Profit", MEW 16, S.147 ff).

Zum anderen wird der Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus in Gestalt der DKP nicht genügend Raum und Bedeutung zugemessen. Die konkrete Auseinandersetzung mit den "Argumenten", der Linie und Politik der DKP zur Arbeitszeitverkürzung bzw. zum ökonomischen Kampf fehlt. Dabei zeigt sich in den Streikaktionen um die 35-Stunden-Woche - ähnlich wie bei der "Friedensbewegung" - der zunehmende Einfluß der DKP-Revisionisten auf die existierenden "Massenbewegungen" in Westdeutschland: Nicht durch die Attraktivität ihrer Linie verschaffen sie sich größeren Einfluß, sondern dadurch, daß sie ihren "Apparat" und ihre "Erfahrung" zur Verfügung stellen, sich im praktischen Einsatz profilieren und ihre Linie dann gewissermassen nebenbei "verkaufen". Ein Faktor, der die konkrete Widerlegung ihrer Linie in Zukunft um so bedeutungsvoller macht.

Richtig ist unbedingt die Kritik an den beschönigenden Formulierungen bezüglich der "Ausländer-raus"-Politik der deutsch-chauvinistischen Gewerkschaftsführung. Hier heißt es äußerst wachsam zu sein und nicht nur den offenen Chauvinismus ("Ausländer raus", "Bevorzugung" ausländischer Kollegen bei Entlassungen usw.) und den versteckten Chauvinismus (nach dem Motto: "Wir sind für die Ausländer, wir brauchen sie doch, wer soll denn sonst die Dreckarbeit machen") zu entlarven und zu bekämpfen, sondern vor allem auch die verschiedenen demagogischen Versuche zu vereiteln, mit denen sich einige von ihnen sowie einige Halblinke als konsequente "Internationalisten", als "Vorkämpfer gegen die Ausländerfeindlichkeit" anbieten.

Richtig ist weiterhin die Kritik an der Formulierung "Übergabe sämtlicher Produktionsmittel in die Hände der Arbeitenden selbst". Die in dem Flugblatt gewählte Formulierung ist reformistisch bzw. auch offen für anarcho-syndikalistische oder auch titoistische "Selbstverwaltungs"-Vorstellungen. Denn die Aufhebung des antagonistischen Gegensatzes zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung erfordert nicht die "Übergabe" (wer soll da wem übergeben? Die Kapitalisten den Arbeitern? Die Arbeiter sich selbst?), sondern die Übernahme der Produktionsmittel durch die gesellschaftlich Produzierenden.

Führung "bei Laune" gehalten werden für ihre Scheingefechte, für ihre Abwieglerrolle, für ihren Chauvinismus!

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist in der internationalen Arbeiterbewegung traditionell, seit die II. Internationale die Forderung nach dem 8-Stundentag als mächtige Kampflosung 1889/1890 aufgegriffen und zum Kampfziel erklärt hat, eine internationale Forderung für die Arbeiter aller Länder, und keinesfalls eine "europäische" Forderung, oder eine Forderung der hochindustrialisierten Länder allein. Gerade an dieser Tradition anknüpfend muß auch heute der Kampf der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lebenslage als INTERNATIONALER KAMPF DER ARBEITER ALLER LÄNDER geführt werden.

Auf die Forderung des Kapitals an die Arbeiter, sich mit ihnen gegen die "Japaner" usw. zusammenzuschließen, müssen die Arbeiter bewußt antworten, in Wort und Tat: Keine Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital, engste Zusammenarbeit mit den Arbeitern aller Länder im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Engste Zusammenarbeit gerade auch mit all jenen Völkern, die vom "eigenen", vom westdeutschen Kapital ausgebeutet und unterdrückt werden.

KEINE ILLUSIONEN UND KEINE RESIGNATION ANGESICHTS DER GRÖSSE DER AUFGABEN !

DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS IN WESTDEUTSCHLAND VORBEREITEN !

Westdeutschland ist heute ein Land unter der Diktatur der westdeutschen Imperialisten. Der westdeutsche Imperialismus beutet als imperialistische Großmacht Völker in der ganzen Welt aus. Er ist zudem heute ein eigener gefährlicher Kriegsherd, der zunehmend mit dem USA-Imperialismus und den anderen Imperialisten konkurriert und seinen eigenen Krieg vorbereitet.

In der Tradition des Hitlerfaschismus betreibt er eine durch und durch revanchistische Politik auf allen Gebieten und militarisiert das ganze Leben. Die Faschisierung im Inneren wird zügig vorangetrieben:

Ein großer und gefährlicher Feind steht der Arbeiterbewegung als Hauptfeind gegenüber, mit einem großen, gut ausgebauten Staatsapparat, einer mächtigen Armee, einer schlagkräftigen Polizei, einer durchgreifenden Justiz, todsicheren Gefängnissen usw. DAS IST DIE WAHRHEIT!

Das steckt hinter einer Fülle von Ereignissen, sei es dem Wiedererstarken der faschistischen Banden, dem Erneuern des "deutschen Patriotismus", der Verbrennung von Asylanten in Gefängnissen, der Verurteilung in Serie zu hohen Gefängnisstrafen schon für den geringsten Widerstand gegen die Faschisierung, wie jüngst bei den "Radikal"-Redakteuren usw.

Gegen den westdeutschen Imperialismus stellen sich gewiß nicht die "Friedensbewegung" und gewiß nicht die "Grünen" und auch nicht die Arbeiterbewegung, solange sie noch von der DGB-Spitze weitgehend geführt wird!

Die sich in diesen Bewegungen engagierenden Arbeiter und andere Werktätige, die dort tätigen Jugendlichen sehen noch nicht den Feind in seiner ganzen Größe, sie glauben einfach nicht, was noch auf uns zukommt und haben vor allem kein klares Ziel vor Augen, für das zu kämpfen sich wirklich lohnt. Geblendet von der millionenfach verbreiteten bürgerlichen Ideologie, eingebettet in ein System des raffinierten Antikommunismus, angewidert von den Fäulniserscheinungen des modernen Revisionismus, des verratenen Sozialismus in der Sowjetunion nach Stalins Tod, in Osteuropa, jetzt auch in China usw., angewidert von der Militärdiktatur in Polen, der entarteten DDR, dem Sozialimperialismus in der Sowjetunion, wo neue Ausbeuterklassen herrschen, die Wissenschaft des Proletariats, der Marxismus-Leninismus revidiert wurde, wollen sie einerseits kämpfen, aber andererseits fehlt es ihnen an Kraft, Klarheit, Zielstrebigkeit und Perspektive.

Bei aller eigenen Schwäche hier einzugreifen, die Debatte zu führen über das Ziel des Sozialismus und Kommunismus, die Notwendigkeit der Vorbereitung des unvermeidlichen Bürgerkriegs der Arbeiter gegen den imperialistischen Staat, die Notwendigkeit der DIKTATUR DES PROLETARIATS über die geschlagene Ausbeuterklasse und alle Reaktionäre nach dem Sieg der sozialistischen Revolution zu beweisen, die negativen Erfahrungen vergangener Revolutionen zu debattieren, vor allem aber selbst alle Kraft in den AUFBAU einer marxistisch-leninistischen Partei zu stecken, um Perspektive und Kampfkraft in den kommenden Kämpfen zu haben, - das ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland.

Zum Streikkampf um die 35-Stunden-woche in Westdeutschland

(Mai bis Juli 1984)

Der nachstehende Artikel basiert auf einem Text, den wir dem "GDS-Info" Nr. 8 vom August 1984 entnommen haben. Da der Text im Original auch manche Details enthält, die für österreichische Leser weniger wichtig sind, haben wir einzelne Kürzungen vorgenommen; an einigen Stellen, an denen der Manuskript-Charakter des Textes allzu deutlich wurde, haben wir uns eine geringfügige stilistische Bearbeitung erlaubt.

Wie die Redaktion des GDS-INFOS zu ihrem Text bemerkt, liegt sein Hauptanliegen in der Beleuchtung des sehr zwiespältigen Charakters des Streiks: der positiven Kampferfahrungen des Proletariats einerseits, darunter auch gewisser Ansätze zu selbständigen Aktionen ohne und gegen die Gewerkschaftsbürokratie, und des unübersehbaren, dem Kampf noch von Anfang bis Ende seinen Stempel aufdrückenden Einflusses der Arbeiteraristokratie andererseits. Eine Analyse der Rolle und Politik der DGB-Führung überhaupt, insbesondere der Führungen von IG Metall und IG Druck, die den Streik zu jeder Zeit eindeutig unter Kontrolle hatten, klammert der Text zunächst aus. Offenbar ist dieses fundamentale Thema einer späteren, allgemeineren Untersuchung vorbehalten.

Die Redaktion



Um den Streik einordnen zu können zunächst einige Fakten:

Der von Gewerkschaft und Presse als "härtester und längster Arbeitskampf der Nachkriegsgeschichte" bezeichnete Streik um die 35-Stunden-Woche dauerte bei den Metallern in den Streikgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen 7 Wochen (Mitte Mai bis Anfang Juli 1984), also zirka 50 Tage, bei den Druckern 13 Wochen, allerdings mit Unterbrechungen und wechselnder Beteiligung der Streikenden (bis zu 20.000).

Offiziell beteiligten sich am Streik knapp 58.000 Mitglieder von IG Metall aus 15 Autozulieferbetrieben und von Daimler-Benz (11.000 Streikende) in Baden-Württemberg sowie aus 9 Betrieben in Hessen, wobei allein bei Opel in Rüsselsheim 26.000 Beschäftigte streikten. Daneben wurden 147.000 Arbeiter und Angestellte von den Unternehmern ausgesperrt, die von der Gewerkschaft finanzielle Unterstützung erhielten. (Nach eigenen Angaben kostete der Streik die IG Metall eine halbe Milliarde DM.) Dazu kommen noch rund 200.000 "kalt" Ausgesperrte, die durch zeitweise Produktionsstillegung pausierten. Die DGB-Führung errechnete, daß durch die Arbeitskämpfe bei Metall und Druck insgesamt 65 Millionen Arbeitsstunden bzw. 8 Millionen Arbeitstage ausfielen. ("Frankfurter Allgemeine Zeitung"/FAZ vom 10.8.84 und "Handelsblatt"/HB/ vom 23.8.84)

Laut Statistik sind seit 1949 in der Bundesrepublik 20 Millionen Arbeitstage durch Streik ausgefallen, wobei bislang 1978 mit 2,5 Mio. Kampftagen die größte Zahl registriert und 1955 mit 600.000 Streikenden die höchste Streikbeteiligung verzeichnet wurde. Den bisher längsten Arbeitskampf, der mit 114 Tagen den diesjährigen noch übertraf, führten vom 24.10.1956 bis zum 14.Februar 1957 zeitweise 34.000 Beschäftigte der Werften und Zulieferbetriebe erfolgreich für die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch. Zu großen Massenaussperrungen kam es bisher 1963, 1971 und 1978 mit jeweils 300.000 Ausgesperrten. (Alle Angaben siehe "Handelsblatt" vom 7.5.1984.) Im internationalen Vergleich aller Industrieländer liegt Westdeutschland bei der "Streikfreudigkeit" am unteren Ende der Skala zwar noch vor Österreich, aber weit abgeschlagen hinter Italien, wo 30 mal soviel gestreikt wurde und auch hinter Japan, wo immerhin dreimal soviel Arbeitstage durch Streiks und

Aussperrungen "verloren" gingen. (Siehe "Stern" 35/80)*

In den letzten Jahrzehnten haben die Arbeiter in Westdeutschland ausgesprochen geringe Erfahrungen in Arbeitskämpfen und Streiks gesammelt, um so wertvoller sind deshalb diese in mehreren Wochen zäh errungenen Erfahrungen, wenn sie auch in vieler Hinsicht zurückstehen müssen hinter den spontanen Arbeitskampferfahrungen jener, die in direktem Gegensatz zu den Gewerkschaftsbürokraten durchgefochten wurden, wie die "wilden" Streiks im Jahre 1969 oder der Streik der Ford-Arbeiter 1973.*

WIE SICH DIE KAMPFBEREITSCHAFT DES PROLETARIATS ZEIGTE

Das westdeutsche Proletariat hat im jetzigen Streik insgesamt gesehen eine A u s d a u e r bewiesen und auch das erste Mal seit langem in breitestem Ausmaß (insbesondere die Ausgesperrten) materielle Opfer bringen müssen. Der Streik wurde trotz schwieriger Ausgangslage in einer Zeit der Krise und verstärkter Hetze der bürgerlichen Presse durchgeführt, trotz einer Reihe von Handicaps wie des starken Drucks durch die große Zahl der Arbeitslosen und so demobilisierender Faktoren wie dem seitens der Gewerkschaftsführung absichtlich unklar gehaltenen Streikziel, dem Verzicht auf den Kampf für höhere Reallöhne, die bereits seit 5 Jahren massiv abgebaut worden sind, und der Abwiegelungstaktik der "Bonzen" überhaupt.

Im Verlauf des Streiks ist immer stärker die Rolle der ausländischen Arbeiter positiv zur Geltung gekommen, die entschlossen zu kämpfen bereit und den deutschen Kollegen oft ein Vorbild im Einsatz waren, gerade aufgrund ihrer harten Erfahrungen in ihren Heimatländern, wo es meist kein Streikgeld gibt und Zusammenstöße mit der Staatsgewalt oft zwangsläufig sind. Gerade die ausländischen Arbeiter hatten häufig kein Verständnis für die zu große Geduld gegenüber Streikbrechern oder Versuchen der Unternehmer, den Streik zu unterlaufen. (Siehe die Äußerungen bei der FAZ-Auslieferung durch Hubschrauber: "Den hätte man bei uns runtergeholt!") Zugleich sind aber auch Zeichen der tiefen Folgen der Spaltung der Arbeiter sichtbar geworden, der auch von seiten der Gewerkschaftsbürokratie vorangetriebene Chauvinismus und Rassismus gegenüber ausländischen Arbeitern (z.B. waren an manchen Betriebstoren Arbeiter aus der Türkei als Streikposten unter sich, während an anderen nur deutsche Kollegen zu sehen waren).

Als besonders p o s i t i v müssen jene selbständigen Kampfaktionen hervorgehoben werden, die von Teilen des Proletariats gerade g e g e n die arbeiteraristokratische Gewerkschaftsführung bzw. t r o t z ihrer Ermahnungen, sich an Gesetze und polizeiliche Auflagen zu halten, durchgeführt wurden:

STREIKBESCHLÜSSE GEGEN DIE "NADELSTICHTAKTIK" DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

So beschlossen die Daimler-Benz-Arbeiter g e g e n und o h n e die Zustimmung des IG-Metall-Vorstands den Streik. Allerdings stand dahinter das Motiv, einem Aussperrungsbeschluß zuvorzukommen. Es ging also nicht gezielt um eine Ausweitung des Streiks (FAZ vom 21.5.1984).

In München beschloß eine Betriebsversammlung des Süddeutschen Verlags die Verlängerung ihres Streiks, den die IG Druck und Papier schon beenden wollte (FAZ vom 7.6.1984).

AKTIVER KAMPF GEGEN DIE STREIKBRECHER

Wesentlich deutlicher und kämpferischer als bei der Frage der Ausdehnung des Streiks war die Haltung der Arbeiter zu Streikbrechern, die entschieden - oft auch gegen die Anweisungen der Streikleitung und trotz der Androhung von

* Es ist eine typische Unternehmersprache, wenn immer wieder von den durch Streiks "verlorengegangenen" Arbeitstagen die Rede ist. Will man nicht schon in der Wahl seiner Ausdrücke die Partei des Kapitals ergreifen, sollte man sich nicht dieser "gängigen", von einem reaktionären Klassenstandpunkt geformten Sprache bedienen. Vom Standpunkt des Proletariats sind Streiktage offensichtlich Kampftage, also für ihren Kampf "gewonnene" Tage.

Hochinteressant ist des weiteren der Hinweis auf den Umfang der Arbeitskämpfe in Japan. Die österreichischen Kapitalisten und ihre Regierung singen bekanntlich immer wieder das Hohelied der angeblich so "braven", fleißigen und ihre Ausbeuter liebenden japanischen Arbeiter, deren Genügsamkeit, Emsigkeit und Disziplin angeblich die japanischen Exporterfolge auf dem Weltmarkt zu danken seien. Da aber das Ausmaß der Arbeitskämpfe in der BRD weit über dem in Österreich liegt und in Japan wieder dreimal so groß ist wie in der BRD, kann wirklich nur ein Dummkopf glauben, daß die "Bravheit" und Genügsamkeit der Arbeiter die Grundlage kapitalistischer Konjunkturen sei. (Anmerkung der RF-Redaktion)

* Zum Ford-Streik 1973 siehe RF Nr.146, S.16 - 19.

Strafgeldern - bekämpft wurden.

Schon ganz instinktiv spürten es die streikenden Arbeiter, daß sie ihren eigenen Kampf untergraben würden, wenn sie die Streikbrecher dulden und gegen sie keine massive Front errichten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Streikposten ist es gerade, den Kampf gegen das Streikbrechertum zu führen, das von den Unternehmensleitungen unterstützt und organisiert wurde.

Die Drucker haben wie auch schon bei ihren Streiks 1978 ebenso wie der Metaller z.B. in Hanau (siehe FAZ vom 7.6.84) den unten stehend abgedruckten Text von Jack London an den bestreikten Betrieben aufgehängt und als Flugblatt verteilt. Damit geißelten sie schonungslos die durch die Arbeiteraristokratie tagtäglich gezüchtete Mentalität der Streikbrecher, jene Mentalität der "Klassengemeinschaft", des "Wir sitzen doch alle in einem Boot", der Klassenversöhnung zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Streikbrecher

Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher. Ein Streikbrecher ist ein aufrecht gehender Zweibeiner mit einer Korkenzieherseele, einem Sumpfhirn und einer Rückgratkombination aus Kleister und Gallert. Wo andere das Herz haben, trägt er eine Geschwulst räudiger Prinzipien.

Wenn ein Streikbrecher die Straße entlang geht, wenden die Menschen ihm den Rücken, die Engel weinen im Himmel und selbst der Teufel schließt die Höllenpforte, um ihn nicht hineinzulassen. Kein Mensch hat das Recht, Streikbrecher zu halten, solange es einen Wassertümpel gibt, der tief genug ist, daß er sich darin ertränken kann oder solange es einen Strick gibt, der lang genug ist, um ein Gerippe daran aufzuhängen. Im Vergleich zu einem Streikbrecher besaß Judas Ischariot, nachdem er seinen Herrn verraten hatte, genügend Charakter, sich zu erhängen. Den hat ein Streikbrecher nicht.

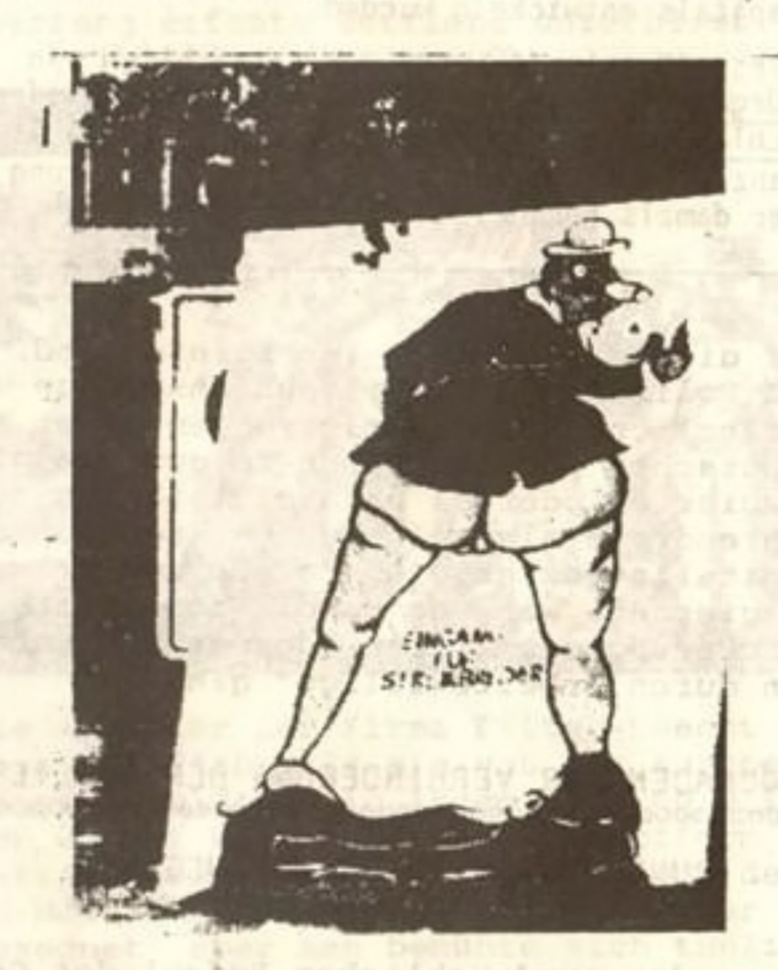
Esau verkaufte sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht. Judas Ischariot verriet seinen Heiland für 30 Silberlinge. Benedict Arnold verkaufte sein Land für das Versprechen, daß man ihm ein Offizierspatent in der britischen Armee geben würde. Der moderne Streikbrecher verkauft sein Geburtsrecht, sein Land, seine Frau, seine Kinder und seine Mitmenschen für ein unerfülltes Versprechen seines Unternehmers, seines Trusts oder seiner Gesellschaft.

Esau war ein Verräter an sich selbst. Judas Ischariot war ein Verräter an seinem Gott und Benedict Arnold ein Verräter an seinem Land. Ein Streikbrecher ist ein Verräter an seinem Gott, seinem Land, seiner Familie und seiner Klasse!

Jack London

Als wirklich positiv müssen die vielfältigen Formen des Kampfes vor den Betrieben hervorgehoben werden, wobei es die Arbeiter mit allen möglichen Unterminierungsversuchen seitens der Gewerkschaftsbonzen zu tun hatten, die oft mit dem Argument operierten: Wenn wir hier Polizei spielen und für Ordnung sorgen, dann verhindern wir einen Polizeieinsatz, der den Kampf nur unnötig eskalieren würde...

So wurden anfangs in den meisten Betrieben die "Arbeitswilligen" am Betreten des Betriebs massiv durch Ketten von Streikposten gehindert. Nachdem durch Gerichtsbeschlüsse den Streikbrechern der Zugang in die Fabriken garantiert werden sollte, fügten sich die Arbeiter - auch auf Druck der Gewerkschaftsbonzen - formal dem Beschluß, einen 2 m breiten Durchgang freizulassen. Allerdings wurden die Streikbrecher gebührend mit Pfiffen und "Hau - ab !"-Sprechchören empfangen und mußten durch das in Schlangenform gestaltete Spalier der Streikenden "Spießruten laufen", um am Ende geduckt unter einem Transparent durchzukriechen, das ein nacktes Hinterteil des Unternehmers zeigte mit der Aufschrift "Eingang für Streikbrecher". Die Namen und Anschriften dieser Arschkriecher wurden danach öffentlich an den Betriebstoren ausgehängt (so geschehen bei OPEL Rüsselsheim und MESSER Griesheim, siehe FAZ vom 5. und 6.6.84 sowie "Frankfurter Rundschau" vom 13.6.84).



Daß dieser Kampf gegen Streikbrecher keineswegs ungefährlich war, Polizei und Justiz relativ schnell auf den Plan traten, neben den üblichen Hetztiraden in der Presse auch persönliche Drohbriefe und Beschimpfungen übers Telefon an die Streikenden gerichtet wurden, ja sogar lebensgefährliche Anschläge gestartet worden sind, daß es also tatsächlich ein Kampf auf Biegen und Brechen war, der den Arbeitern hautnah zeigte, was es heißt, einen so mächtigen Feind wie die Bourgeoisie herauszufordern, beweisen zahllose in den Zeitungen berichtete

Vorfälle, wie überfallsartige Polizeieinsätze gegen Streikende und Streikposten, wobei in einem Fall bereits die "chemische Keule" der Polizei eingesetzt wurde. Brutalitäten von Mitgliedern oder Gefolgsleuten der Firmenleitungen wie absichtliches Anfahren oder Niederfahren von Streikposten. In Hanau kam es laut FAZ vom 7.6.1984 sogar zum Beschießen eines Autos der Streikleitung aus dem Hinterhalt.

"NOTSTANDSÜBUNG" GEGEN "WILDE MASSENSTREIKS"

Auf dem Höhepunkt des Streikkampfs in der BRD starteten die westdeutschen Imperialisten eine besondere Provokation: Sie ließen ihren "Bundesgrenz(!)schutz" Ende Mai 1984 mit rund 1800 Mann auf dem Gelände der britischen "Rhein-Armee" mit Maschinengewehren und Granaten die innenpolitische "Notstandssituation" üben, die gegeben sei, wenn die 1984 durchgeführten Schwerpunktstreiks unter der Führung des DGB sich zu "wilden Massenstreiks", d.h. Streiks außerhalb der Kontrolle der Diener des Kapitals entwickeln würden.

Diese "Notstandsübung" war tatsächlich ein Bürgerkriegsmanöver zur militärischen Niederschlagung des Kampfs der Arbeiter und zielte ganz offensichtlich auf die Einschüchterung der damals gerade streikenden Arbeiter ab.

Bei diesen Vorfällen ist bezeichnend, daß Polizei und Justiz auf Anschläge und gefährliche Körperverletzungen durch aufgeputschte Streikbrecher so gut wie nicht reagierten oder es bagatellisierten, während sie als gefügige Werkzeuge der Kapitalistenklasse energisch und prompt reagierten, wenn es um die sogenannte "Sicherung des freien Zugangs der Fabriken durch Arbeitswillige" ging.

BLOCKADEN ZUR VERHINDERUNG DER AUSLIEFERUNG VON ZEITUNGS-NOTAUSGABEN

Gegen den ausdrücklichen Befehl der Gewerkschaftsbonzen wie dem stellvertretenden IG-Druck-Vorsitzenden Detlef Hensche, der öffentlich kundtat, daß seine Gewerkschaft "gewaltsame Blockaden" ablehne ("FR" vom 24.5.1984), wurden dennoch teilweise erfolgreich Blockaden von seiten der streikenden Drucker durchgeführt, die die Auslieferung von Notausgaben, von Redakteuren zusammengestükkelt und hergestellt, verhinderten. Auch hier kam es zu Polizeieinsätzen und schweren Verletzungen von Streikposten durch Vertriebsfahrzeuge.

Als die FAZ eine solche "Notausgabe",



Mit Steinen und Drachen gegen den Helikopter

Demonstranten versuchen Auslieferung der F.A.Z. zu verhindern

Mit hochgeworfenen Flugblättern versuchten die Sympathisanten des Streiks vor dem Gelände der Frankfurter Societätsdruckerei am Sonntagnachmittag den Anflug des Hubschraubers zu behindern. Auch Knallkörper, Bierflaschen, Toilettenpapierrollen und Steine wurden gegen die Maschine geschleudert. Foto F.A.Z.

die sie anders nicht aus der Druckerei zu bringen vermochte, mit einem Hubschrauber ausfliegen wollte, konnten die Herausgeber auch das nur mit Hilfe eines großen Polizeiaufgebots.

AKTIONEN GEGEN DIE AUSSPERRUNG: PROTESTDEMONSTRATIONEN, VEREINZELTE STREIKS UND EINE BETRIEBSBESETZUNG

Durch Massenaussperrungen in breitestem Ausmaß (92.000 offiziell Ausgesperrte, wozu aber noch mindestens 200.000 "kalt" Ausgesperrte kommen), zeigte die Bourgeoisie mehr als deutlich, welche Waffen sie gegen die Arbeiterklasse einzusetzen gedachte: Die Arbeiter sollten durch nackte Not zur Arbeit zurückgetrieben werden.

Dabei ist diese Kampfform der Bourgeoisie noch relativ friedlich. Ebenso wie Streiks sind im Kapitalismus auch Aussperrungen unvermeidlich und es ist sinnlos, über den Einsatz der Aussperrung als Machtmittel zu lamentieren. Lenin schrieb dazu:

"Aussperrungen, d.h. Massenentlassungen der Arbeiter auf Grund von Abmachungen der Unternehmer, sind eine ebenso notwendige und unvermeidliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft wie auch die Streiks der Arbeiter...

Die Aussperrungen der Unternehmer werden durch die Verschärfung des Kampfes hervorgerufen und verschärfen ihn ihrerseits. Und das Proletariat, das sich im Kampf zusammenschließt und durch den Kampf sowohl sein Klassenbewußtsein als auch seine Organisation entwickelt und seine Erfahrung bereichert, kommt mehr und mehr zu der immer festeren Überzeugung, daß eine vollständige ökonomische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist.

Die marxistische Taktik besteht in der Verbindung verschiedener Kampfmethoden, im geschickten Übergang von einer zur anderen, in der beständigen Erhöhung des Bewußtseins der Massen und des Umfangs ihrer kollektiven Aktionen, von denen jede im einzelnen bald offensiv, bald defensiv sein kann, alle zusammen aber zu einem immer tiefer gehenden und entscheidenden Konflikt führen." (Lenin, "Von den Formen der Arbeiterbewegung (Aussperrung und marxistische Taktik)", 1914, LW 20, S.205/206, Hervorhebung von Lenin)

Vor einer Aussperrung, die eine Verschärfung des Kampfes bedeutet, dürfen die Arbeiter nicht zurückweichen, müssen vielmehr selbst den Kampf verstärken, sich keine Kampfmethode aufzwingen lassen, aber nach Möglichkeit auch schärfere Kampfformen finden, wie Massenkundgebungen in Betrieben, Betriebsbesetzungen, Straßendemonstrationen usw.

Wenn wir nun den letzten Streik in Westdeutschland unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so ist festzustellen, daß die Gegenreaktion der streikenden und ausgesperrten Arbeiter, wohl auch auf grund der allseitigen Abwiegelungsversuche der großen und kleinen Arbeiterfeinde, auf die Aussperrung der Kapitalisten eher bescheiden waren. Dennoch müssen diese relativ schwachen Versuche der Gegenwehr herausgestellt werden:

In mehreren Städten fanden Protestkundgebungen gegen die Aussperrung statt, welche von den Gewerkschaften organisiert wurden. Allein in Bonn demonstrierten 230.000 Arbeiter.

Der Forderung nach Zahlung von Kurzarbeitergeld an die "kalt" Ausgesperrten wurde vielerorts mit Protestversammlungen vor den Arbeitsämtern Nachdruck verliehen.



Wie schon weiter oben berichtet, setzten die Arbeiter bei Daimler-Benz, nachdem sie von den Aussperrungsbeschlüssen erfahren hatten, gegen den ausdrücklichen Willen des IG-Metall-Vorstands, die Bestreikung ihrer Fabrik durch. Leider blieb dies eine Ausnahme, anstatt als Signal für die Arbeiter anderer von der Aussperrung betroffener Betriebe zu wirken. Auch eine Ausweitung des Streiks auf bislang weder von Streik noch Aussperrung erfaßte Betriebe unterblieb.



Die Arbeiter der Firma Filter-Knecht in Lorch griffen, als sie von den Aussperrungsbeschlüssen in ihrem Betrieb erfuhren, zu der weit schärferen Kampfform der Betriebsbesetzung. Diese wurde von dem IG-Metall-Aristokraten Eisemann zwar abgesegnet, aber man bemühte sich tunlichst, zu verhindern, daß sich andere Arbeiter dies zum Vorbild nehmen. In der offiziellen Berichterstattung wurde darüber so gut wie gar nicht berichtet (HB 28.5.84).

IG-Metall-Vorsitzender Hans Mayr, befragt nach der Haltung der IG-Metall zu Betriebsbesetzungen, offenbarte recht unverblümt, wie sehr ihm die Abwiegelei am Herzen liegt. Er antwortete:

"Ich bin bereit, über alle nur denkbaren Kampfformen zu diskutieren. Aber ich gestehe freimütig: Bisher hat mich noch nichts überzeugt von alldem, was

unter dieser Überschrift (Betriebsbesetzung, AdV) erörtert wird. Bisher hat die IG Metall Betriebsbesetzungen immer abgelehnt..." (FR vom 6.7.84)

WIE DIE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATEN VERHINDERTEN, DASS DIESER STREIK ZU EINER WAFFE DES PROLETARIATS WURDE

ZUR "NADELSTICHTAKTIK"

Von vornherein war durch die S t r e i k f ü h r u n g, durch die Arbeiteraristokratie, durch deren erklärte "Taktik der Nadelstiche" der S o l i d a r i t ä t der Arbeiterklasse insgesamt erheblich eingeschränkt. Die Zahl der Streikenden wurde möglichst klein gehalten. Bei der IG Druck wurde bis zum Schluß kein Vollstreik zur Erreichung des Ziels durchgeführt. Vielmehr wurde der Streik sporadisch, mit Unterbrechungen und oft nur einige Tage lang durchgeführt. Dabei wurden von der IG Metall bewußt die, wie aus den Ergebnissen der Urabstimmung ersichtlich, besonders kampfbereiten Betriebe wie etwa Daimler-Benz zunächst aus dem Streik a u s g e k l a m m e r t.

Ein Streik ist hingegen nur dann eine wirkliche Waffe, wenn er die jeweiligen Bourgeois ökonomisch unter Druck zu setzen vermag, so daß die Kapitalisten dazu gezwungen sind, sich ernsthaft über ein Nachgeben gegenüber den Arbeitern Gedanken zu machen, wollen sie nicht zu große Verluste in Kauf nehmen. Wenn nun aber Gewerkschaftsfunktionäre wie Janßen und Konsorten bis zum Schluß "hofften", daß es nicht zu einem Streik kommt (siehe dazu auch das Flugblatt von GDS*), wird der Streik als Waffe des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den Schmutz gezogen. (Zum Beispiel erklärte der IG-Druck-Vorsitzende Ferlemann, daß deswegen kein zentraler Streik geführt werde, weil es nicht darum gehen könne, die Betriebe kaputtzumachen !)

ABWIEGELUNGSTAKTIK NACH DER AUSSPERRUNG

Für diesen Streik war der Bourgeoisie von vornherein das Mittel der Aussperrung durch die "Kampfform" der "Nadelstichtaktik" praktisch a n g e d i e n e r t worden. Der Verrat und Betrug der Gewerkschaftsbonzen an den Arbeitern ging aber noch weiter:

In der Situation der Aussperrungen dachten diese Aristokraten an nichts besseres als die Wahrung ihrer Pfründe, an den "Schutz" der Streikkassen. (Bei der IG Metall schwoll diese allein in den letzten drei Jahren um 450 Millionen DM an, wobei sie jährlich 600 Mio. DM an Beträgen einnehmen: insgesamt hat die IG Metall schätzungsweise 1,5 Milliarden DM auf ihren Konten - laut "Der Spiegel" 22/84).

Die richtige Antwort wäre spätestens zu diesem Zeitpunkt gewesen, endlich den Streik auszuweiten, und damit auch der weitverbreiteten Forderung der Ausgesperrten nachzukommen. Auch hätte auf die schärfere Kampfform der Betriebsbesetzung übergegangen werden müssen, um den Druck auf die Kapitalisten zu erhöhen und diesen die Kraft der Arbeiterklasse spüren zu lassen.

VERBREITUNG DES LEGALISMUS

Der Legalismus erwies sich als eine mächtige Waffe von Bourgeoisie und Arbeiteraristokratie, der die Arbeiter in ihrer Masse zunächst hilflos gegenüberstanden. Es zeigte sich, daß die Polizei heute n o c h n i c h t mit wirklich ernsthafter Gegenwehr der Arbeiter rechnen mußte, so daß sie es sich leisten konnte, ausgerechnet gegenüber dem Proletariat ohne ihre sonst übliche Kampfmontur zu erscheinen.

Die Bourgeoisie zeigte selbst, was sie von den Gesetzen hält, wenn sie ihnen im Wege stehen, denn sie scherte sich um das in der hessischen Verfassung verankerte Aussperrungsverbot einen Dreck. Hier lieferten die Kapitalisten selbst die Argumente dafür, einen energischen Kampf g e g e n die Arbeiteraristokraten und die von ihnen verordneten "legalen Bahnen" des Kampfes zu führen.

Im Verlauf des Kampfes gewann die Losung "Wer aussperrt, gehört eingesperrt" weite Verbreitung. Diese knüpft an dem Verbot der Aussperrung in Hessen an und appelliert also an die Einhaltung dieses Gesetzes und an die Justiz, dieses Gesetz auf Bundesebene durchzusetzen. Mit "gehört eingesperrt" wird recht massiv, wenn auch nur in Worten, deutlich gemacht, daß das Spiel der Kapitalisten mit der Armut der am Streik gar nicht direkt beteiligten, ausgesperrten Arbeiter als Waffe gegen den Streik ein Verbrechen ist und - wenn es nach dem Willen der Arbeiter ginge - entsprechend bestraft werden müßte.

Diese Losung drückt also die Zwiespältigkeit im Bewußtsein der großen Mehrheit der Arbeiter aus: Einerseits die Hoffnung in die Staatsmacht, arbeiterfreundliche Gesetze zu verabschieden, bzw. Gesetze im Interesse der Arbeiter und nicht der Kapitalisten anzuwenden, andererseits aber auch das Gespür, daß man gegen die Bourgeoisie nur ankommt, wenn man zu radikalen Mitteln greift, wie etwa einige Kapitalisten in den Knast zu stecken (wobei, logisch weitergedacht, hier auch klar werden kann, daß dazu die Proletarier Macht bräuchten, um eine solche Diktatur gegen die Bourgeoisie durchsetzen zu können).

Solange die Arbeiter noch solches Vertrauen in die Staatsmacht der Kapitalisten haben, werden auch kommende Streiks nicht die nötige Durchschlagskraft haben.

Es ist eine entscheidende Aufgabe, die Drahtzieher dieses Legalismus, die Gewerkschaftsbosse, die Parteien der "Versöhnung", der "Reformen" des Kapitalismus, seiner Erhaltung und Festigung, zu entlarven bzw. den durch sie gesetzten legalistischen Rahmen zu s p r e n g e n.

GERADE IN DIESER HINSICHT FEHLTE ES IM STREIK DER METALLER UND DRUCKER !

DIE VON DER GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE ERHANDELTEN RESULTATE IM VERGLEICH ZU DEN URSPRÜNGLICHEN FORDERUNGEN

Schon im Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG wurde entlarvt, wie die Arbeiterbürokraten des DGB die Forderung nach der 35-Stunden-Woche für die Durchsetzung ihrer reaktionären Ziele verwendet haben. Gleichzeitig wurde klargestellt, daß im Rahmen des ökonomischen Abwehrkampfes eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung durchaus berechtigt ist, wenngleich man die damit zu gewinnenden Möglichkeiten keinesfalls überschätzen darf.

Die Arbeiter sahen sich dabei der Situation gegenüber, daß sie die F o r d e r u n g e n dieses Streiks (35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) von den Gewerkschaftsführern serviert bekamen, es also nicht eine Forderung der Arbeiter selbst von Anfang an war, sondern erst im Verlauf der Vorbereitung und Durchführung des Streiks mehr oder minder zu einer Forderung der Arbeiter wurde. Die Forderung selbst stellte dabei von Anfang an ein ausgesprochen unklar gehaltenes Ziel dar, was die unterschiedlichsten "Auslegungen" dieser Forderungen seitens der verschiedenen Gewerkschaftsbosse zeigten.

Jetzt, nach den Abschlüssen, stellt sich erneut die Frage, ob und inwieweit nicht von vorneherein die ganze Kampagne für die 35-Stunden-Woche so wie sie angelegt war, zu einer N i e d e r l a g e der Arbeiter in Westdeutschland führen m u ß t e.

Die Gewerkschaftsbonzen haben durchgesetzt:

- Flexible Arbeitszeit nach den Wünschen der jeweiligen Bourgeois;
- Festschreibung niedrigster Lohnerhöhungen auf länger als 2 Jahre (26 Monate: "Handelsblatt" vom 7.Juli 1984: Dabei sei "aus der Sicht von Gesamtmetall die ungewöhnlich lange Laufzeit des Lohntarifvertrags von insgesamt 26 Monaten besonders wichtig, denn sie halte das Jahr 1985 frei von jeglichen Tarifauseinandersetzungen und damit von Unsicherheiten in der Kostenkalkulation");
- Die Forderung nach "vollem Lohnausgleich" ist vom Tisch: Wenn es eine Arbeitszeitverkürzung gibt, so wird sie jeweils mit entsprechend geringeren Lohnerhöhungen "verrechnet";*
- Überstunden sind bei diesem Abschluß von "Arbeitszeitverkürzung" gleich mit eingeplant: Es sollen bis zu zehn Stunden in der Woche, bis zu 20 Stunden im Monat möglich sein. Durch Betriebsvereinbarung können für einzelne Personen oder Gruppen mehr als 20 Überstunden im Monat vereinbart werden (siehe FAZ 3.7. 1984);

---

* Dieses Flugblatt ist im Auszug in der vorliegenden Nummer abgedruckt (Seite 12-16).

* Dazu schreibt das "Handelsblatt":

"Die IG Metall hat auch immer wieder signalisiert, daß sie als Gegenleistung für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die Nutzung des ihr ohne neue Arbeitszeitregelung zustehenden Lohnspielraums, der 1984 wesentlich höher liegt als 1983, verzichten will. Insofern ist sie also bereit, auf künftige Lohnchancen zu verzichten: fordert sie also eigentlich eine Arbeitszeitverkürzung ohne (!) Lohnausgleich" ("Handelsblatt" v.26.3.1984).

◆ Unterschiedliche Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden innerhalb der einzelnen Betriebe ermöglichen eine betriebsinterne Regelung zwecks maximaler Auslastung der Maschinen, je nach Konjunktur und Situation der Firma, sowie das Umgehen von Überstundenbezahlung;

◆ Eine Zersplitterung der gesamten Bewegung wird vollzogen. Damit wird einerseits die Spaltung innerhalb der Betriebe massiv verstärkt - was das etwa für die ausländischen Arbeiter für Folgen haben wird, muß sich noch zeigen - zum anderen wird auch die Spaltung zwischen kampfstärkeren und kampfschwächeren Belegschaften verstärkt. Die kampferfahrenen, oftmals größeren Belegschaften werden sich innerhalb von einigen Jahren eine Privilegierung erkämpft haben, die nur ihnen selbst zugute kommt, was sie von der Masse der Arbeiterklasse sehr leicht isolieren kann;

◆ Bei dieser "allseitigen Flexibilität" im Interesse der Bourgeoisie kommt auf jeden Fall eine verstärkte Arbeitshetze heraus. Sie forciert die Rationalisierung und erschwert Neueinstellungen beträchtlich;

◆ Für die Unternehmen führt - laut "Gesamtmetall" - das ausgehandelte Ergebnis zu "einer Mehrbelastung je Arbeitsstunde von 2,7 % im Jahr 1984 und 5,3 % im Jahr 1985..., das entspreche im Durchschnitt einer Gesamtbelastung von 4 % für jedes Jahr." (HB vom 7.7.84). Diese Rechnung ist allerdings gefälscht, denn darin enthalten ist ein Ausgleich von 3,9 % für die 1 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung ab 1.4.1985, was in Freizeit vergütet und eben nicht als Lohn ausbezahlt wird. Die Lohnerhöhung beträgt also tatsächlich pro Jahr nicht 4 %, sondern 2 % (!), was faktisch einen Reallohnabbau für weitere 2 Jahre festschreibt !

◆ Nicht vergessen werden sollte, daß die Arbeitszeit der Lehrlinge weiterhin auf 40 Stunden pro Woche festgeschrieben wurde !!!

* * *

Ganz gewiß wirft dieses miserable Ergebnis des Streiks die Frage auf, ob die Bourgeoisie in der Tat nicht beträchtlich mehr gewonnen hat als die Arbeiterklasse: Durch flexible Arbeitszeit kann sie die Rationalisierung vorantreiben, die Spaltung unter den Arbeitern ist durch unterschiedliche Auslegung des Abschlusses von Betrieb zu Betrieb verstärkt worden, ja allein schon das miese Ergebnis nach einem so langen Kampf kann zur Demoralisierung führen, die den Kapitalisten während der nächsten Jahre eine um so ungestörtere Fortsetzung der Ausbeutung und der Verschärfung der Arbeitshetze ermöglicht. Andererseits hat das Proletariat seinen Klassenfeind in Aktion gesehen, was sicherlich etliche Illusionen, die sich in den Köpfen der Arbeiter in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten angesammelt haben, gründlich durchgerüttelt hat:

Die Bourgeoisie beherrscht das Proletariat mit eiserner Hand, die sie auch zudrückt, wenn es nötig sein sollte: Polizei, Justiz sind stets zur Stelle. Die Gewerkschaftsbosse beherrschen die Arbeiter auf ihre Weise und verhinderten eine Radikalisierung der Kämpfe.

Ein Streik in solch großem Ausmaß war den Arbeiterbürokraten in gewisser Hinsicht aufgezwungen worden, um dem Druck der Basis nach jahrelangem Lohnabbau, ständig steigender Arbeitslosigkeit und verschärfter Ausbeutung ein "Ventil" zu geben.

Bei den Arbeitern müssen noch viele Illusionen bekämpft werden, insbesondere in Bezug auf die angebliche "Neutralität" des Staatsapparats, der Gesetze, die angeblich lediglich durch "diese CDU/CSU/FDP-Regierung verletzt" würden, in Bezug auf die angeblich immerhin "reformistische" SPD. Dennoch erlaubt auch hier der Streik den Arbeitern, durch ihre eigenen Erfahrungen in diesen Fragen größere Klarheit zu erlangen, wenn diese durch marxistisch-leninistische Propaganda beleuchtet werden.



SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

Und in Österreich?

"Arbeitszeitverkürzung" nach Methode "Sozialpartnerschaft"

Daß der Streikkampf in der BRD in Österreich vergleichsweise viel Beachtung fand, hängt in einem starken Maß mit den engen wirtschaftlichen "Verflechtungen" zwischen Westdeutschland und Österreich zusammen. Der Streik in der BRD zeigte schlagartig das große Gewicht des westdeutschen Kapitals in Österreich sowie eine in bestimmten Bereichen nahezu vollständige Ausrichtung der kapitalistischen Produktion in Österreich auf die Wirtschaft des westdeutschen Imperialismus. Die "Süddeutsche Zeitung" stellte dazu fest:

> "Insgesamt sind rund 4000 österreichische Arbeitnehmer im industriellen Bereich bisher direkt oder indirekt von den deutschen Streiks in Mitleidenschaft gezogen. Das BMW-Motorenwerk in Steyr und auch andere Automobilindustrie-Zulieferer* arbeiten ausschließlich für deutsche Unternehmen oder sind von deren Zulieferungen abhängig. Sie trifft die Streikwelle mit voller Wucht." (SZ, 22.6.1984)

Die Haltung der österreichischen Kapitalisten ist klar. In zirka einem dutzend Betrieben unterstützten sie ihre westdeutschen Ausbeuterbrüder durch "kalte" Aussperrungen. Zugleich erhoben sie ein Geschrei über die "schlimmen Auswirkungen" des Streiks auf die österreichische "Wirtschaft". So klagte die reaktionäre "Kronenzeitung":

> "Immer mehr österreichische Zulieferbetriebe werden von dem Arbeitskonflikt in der BRD in Mitleidenschaft gezogen. Der Kampf unserer Nachbarn um die 35-Stunden-Woche hinterläßt auch bereits bei uns schmerzhafte Spuren." (KZ, 16.6.1984)

Was den Kapitalisten und ihren Marktschreiern als "schmerzhaft" erschien oder was sie derart hinstellten, das hätte aus der Sicht der österreichischen Arbeiter durchaus ein vorantreibendes Moment sein können. Solidaritätsstreiks besonders in all jenen Betrieben, die Tochterfirmen oder Zulieferanten von den westdeutschen Monopolkapitalisten sind, in deren Werken die Arbeiter im Streik standen oder ausgesperrt waren, hätten eine wertvolle Unterstützung der streikenden und kämpfenden Arbeiter in der BRD, Ausdruck der praktizierten internationalen Klassensolidarität des Proletariats werden können. Sie hätten auch direkt ein wichtiger Anstoß für den eigenen Kampf der österreichischen Arbeiter sein können.

Nichts dergleichen geschah jedoch. Das hat die arbeiteraristokratische Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern gewußt und zu verhindern vermocht. "Feierliche", in der Tat aber zu nichts verpflichtende "Sympathie-Erklärungen", das war alles. Auf die Frage, ob der ÖGB an Solidaritätsstreiks denke, erklärte Benya auf dem Höhepunkt des Streikkampfs in der BRD kategorisch:

> "Das steht derzeit (!) nicht zur Diskussion." ("Arbeiterzeitung", 23.6.1984)

Wie nicht anders zu erwarten, unterstützte der ÖGB auch den schändlichen "Leber-Kompromiß". Benya äußerte noch vor Abschluß des Streiks:

> "Ich hoffe, daß Leber... mit seiner Vermittlung bei den Schlichtungsversuchen Erfolg hat." (AZ, 23.6.1984)

Mit dem Streik in Westdeutschland möglichst rasch Schluß machen, das war tatsächlich auch das reaktionäre Anliegen aller "Sozialpartner" in Österreich. Wie sie diesen Streik kommentierten, welche "Lehren" sie daraus zogen, das wirft ein wirklich bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Klassenkampfsituation in Österreich.

DER STREIKKAMPF IN WESTDEUTSCHLAND - EIN "ABSCHRECKENDES BEISPIEL" ?

Nicht nur von den erklärten Sprachrohren des Großkapitalisten und offen reaktionä-

* Neben BMW-Steyr handelt es sich unter anderem um General Motors (Opel) in Wien, den Teppicherzeuger Eybl in Krems und Ebergassing (Zulieferant für VW/Audi, Daimler-Benz und Opel), den österreichischen Autoradioerzeuger HEA, der ausschließlich an VW/Audi liefert, die Grodinger Sicherheitsgurtefirma Repa, den Bischofshofener Tankverschlußerzeuger Reutter, die Firma Naue und Naue in Mandling bei Radstadt (Erzeuger von Autositzen). (Angaben laut "SZ", 22.6.1984)

ren Massenmedien, sondern praktisch aus allen Kanälen der "Sozialpartner" in Österreich wurde während des Streiks und danach eine üble Hetze gegen den Kampf der westdeutschen Metall- und Druckereiarbeiter betrieben, wurde eine Atmosphäre der Feindseligkeit und der Verunglimpfung gegen den Streikkampf in der BRD erzeugt. So gibt ein österreichisches Kapitalistenblatt von sich, es würden

"durch die wochenlangen Streiks derartige Schäden angerichtet, die nicht so rasch ausgemerzt werden können. Erinnern wir uns doch nur an den 'Dank' aus Japan, der Deutschland in der Streikphase erreichte, wurden doch im Land der aufgehenden Sonne sofort die Produktionen gesteigert und die angestammten Märkte der deutschen Metall- und Automobilindustrie mit Waren aus Fernost übersät." ("Weniger arbeiten-nein-danke !", "Wirtschaft aktuell" Nr. 4/84, hrgg. von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich)

Die Arbeiter dürfen nicht streiken, sonst nützt das nur den Konkurrenten der "eigenen" Ausbeuter, das ist die Demagogie der Kapitalisten.

Mit anderen Worten: Der Kampf der Arbeiter wird als die Wirtschaft "ruinierend" hingestellt.

In das selbe Horn stößt Sinowatz, der als Schrecken des Streiks in der BRD an die Wand malt:

"Sowohl im graphischen Gewerbe als auch in der Metallindustrie wird gestreikt, machtvolle Demonstrationen und großangelegte Aussperrungsaktionen stehen auf der Tagesordnung. Die Folge: Viele Betriebe müssen ihre Produktion stillegen, da keine Zulieferungen erfolgen, die Arbeitnehmer in diesen Betrieben erhalten weder Streikgeld noch Lohn. Kein Wunder, daß man in unserem Nachbarland um die Früchte des Wirtschaftsaufschwungs fürchtet." (AZ, 23.6.1984)

Diese Äußerungen sind bezeichnend. Wenn Sinowatz von den "Früchten des Wirtschaftsaufschwungs" redet, so meint er tatsächlich die Profite der westdeutschen Monopolherren, denn welchen "Aufschwung", bitteschön, soll es für die Arbeiter Westdeutschlands geben angesichts von zirka 2,5 Millionen Arbeitslosen, Lohnraub-Tarifabschlüssen und einem ständigen Abbau von Sozialleistungen ?!

Außerdem versucht Sinowatz die Arbeiter in Österreich mit den arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Staats der deutschen Imperialisten und der Monopolherren sowie mit den Folgen der verräterischen "Taktik" der DGB-Führung im Streik der Metaller und Drucker in der BRD zu schrecken.*

Was das österreichische Monopolkapital und seine politischen Sachwalter an dem Streikkampf in der BRD "auszusetzen" haben, ist also klar: Daß die Arbeiter überhaupt gestreikt, überhaupt den Kampf aufgenommen haben, wird von ihnen als zu verurteilendes "Übel" hingestellt. Auftragsgemäß tun dasselbe auch die arbeiteraristokratischen Agenten der Bourgeoisie. Ganz im Sinne der Unternehmer schreibt die ÖGB-Zeitschrift "arbeit & wirtschaft" zum Beispiel:

"Weder für die wirtschaftliche Entwicklung noch für das soziale Klima der BRD war es von Vorteil, daß die Arbeitszeitverkürzung erst nach schweren Arbeitskämpfen durchgeführt werden konnte." (Nr.1/85, S.28)

Ob Kapitalisten, Regierung oder ÖGB, sie alle erblicken in den Streiks und Kämpfen der Arbeiter eine "Bedrohung" ihrer heißgeliebten Politik der "Sozialpartnerschaft", die "reibungslos" nur funktioniert, wenn die werktätigen Massen duldsam stillhalten.

Auch wenn Streiks der Arbeiter an und für sich das Gefüge der "Sozialpartnerschaft" als einer Form der Ideologie und Politik der "Klassenzusammenarbeit" im Interesse des Finanzkapitals noch keineswegs zu sprengen brauchen, so ist andererseits doch klar, daß ein Zustand der weitgehend kampflosen Unterordnung der Arbeiter unter das Kapital für die Herrschenden allemal noch am günstigsten ist. Deshalb tun sie alles, um diesen für die Arbeiter so verderblichen Zustand nach Möglichkeit zu verewigen. Und genau darauf sind auch die "Lehren" abgestellt, welche die ausbeuterischen Nutznießer des "sozialen Friedens" aus dem Streikkampf in der BRD ziehen. So schreibt etwa die reaktionäre "Kronenzeitung" unter der Überschrift "Die Lehren aus den Streiks":

"Welche Lehre ist aus dem deutschen Arbeitskonflikt aus österreichischer Sicht zu ziehen ? Daß es genau so nicht geschehen darf, daß die gute Gesprächsbasis der Sozialpartner hierzulande unbedingt aufrechterhalten werden sollte und daß der Kampf seitens der Gewerkschaften, mit der Brechstange eine Arbeitszeitverkürzung erzwingen zu wollen, den Aufschwung im ganzen Land gefährdet." (KZ, 16.6.1984)

* Die "Nadelstichtaktik" des DGB erleichterte es den Kapitalisten, gegen die Arbeiter mit Aussperrungen vorzugehen. Außerdem unterstützte der westdeutsche imperialistische Staat die Monopolkapitalisten auch insofern unmittelbar, daß von den Arbeitsämtern die Auszahlung von Arbeitslosengeldern an die Arbeiter der "kalt" ausgesperrten Betriebe verweigert wurde.

Kein Zufall, daß gerade während und nach dem Streik in Westdeutschland, diesem "abschreckenden Beispiel", eine "Klimaverbesserung" zwischen den "Sozialpartnern" in Österreich beschworen wurde und man sich noch mehr gewahr wurde, "was man aneinander hat". Nicht nur der ÖGB beschwört den "Verhandlungsweg" ("arbeit und wirtschaft" 1/85, S.28), nein, auch die Kapitalisten flöten bezüglich der Arbeitszeitverkürzung:

"An den Verhandlungstisch sollten sich.. die Sozialpartner setzen, denen es gelungen ist, schon so manchen Konflikt zu vermeiden, und die alles daransetzen müssen, einen derart schweren Arbeitskonflikt, wie er heuer vor der Urlaubszeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen wurde, zu vermeiden." ("Wirtschaft aktuell", 4/84, S.3)

Kurzum:

"Arbeitnehmer- wie Arbeitgeber in Österreich sind sich jedoch einig, dieses Thema (Arbeitszeitverkürzung, AdV) auf Sozialpartnerebene auszuhandeln und nicht wie in der Bundesrepublik auszustreiken." (OÖN, 3.7.1984)

"Aushandeln und nicht ausstreiken", das soll den österreichischen Arbeitern als beste "Lösung" verkauft werden, natürlich nur mit dem einen Ziel: sie vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten !

Die österreichische Bourgeoisie spielt den Umstand, daß der Streikkampf in der BRD in der Tat mit einem für die Arbeiter enttäuschenden Ergebnis geendet hat, demagogisch als einen Trumpf aus, um den "österreichischen Weg" als "Alternative" hinzustellen. Wozu streiken, wozu Opfer auf sich nehmen, wo man auf dem Verhandlungswege im Grunde dasselbe erreichen kann ? Wozu sich in einem Kampf verausgaben, bei dem ein Kompromiß herauskam, den man, wenn man gleich "vernünftig" gewesen wäre, auch am grünen Tisch hätte durchsetzen können ? Das ist die hinterhältige Heuchelei der Marktschreier der "Sozialpartnerschaft" in Österreich.

So protzt Sinowatz anläßlich des Abschlusses in der österreichischen Druckindustrie (auf den wir weiter unten zurückkommen werden):

"In einer Zeit, in der in Deutschland nach sechs Wochen Streik verzweifelte Versuche unternommen werden, um doch noch zu einem Kompromiß zu kommen, haben wir gezeigt, wie man derartig vielschichtige Probleme vorbildhaft und ohne jegliche soziale Erschütterung löst. Dank verantwortungsbewußter Gewerkschaften, dank einer Unternehmerschaft, für die das Allgemeinwohl kein Fremdwort (!) ist, und dank einer Bundesregierung, die eben im Gegensatz zu anderen Ländern nicht unter konservativer, sondern sozialdemokratischer* Führung steht...

Wir in Österreich sind auch hier einen eigenen Weg gegangen... die Aufmerksamkeit galt einzig und allein der Frage, wie die sachlich und wirtschaftlich richtige und gerade deswegen (!) für die arbeitenden Menschen beste Lösung gefunden werden kann." (AZ, 23.6.1984)

Wie wunderbar ! Die "Sozialpartnerschaft" machts angeblich möglich: eine alle und jeden, Kapitalisten wie Arbeiter zufrieden stellende "Lösung". Die Realität sieht freilich ganz anders aus. Was der von den politischen Sachwaltern des österreichischen Finanzkapitals und den "Sozialpartnern" propagierte und betriebene "österreichische Weg" für die arbeitenden Massen unseres Landes tatsächlich bedeutet, soll im folgenden in der Frage der "Arbeitszeitverkürzung" beleuchtet werden.

EIN KONZEPT DER "ARBEITSZEITVERKÜRZUNG" GANZ NACH DEM GESCHMACK DES ÖSTERREICHISCHEN MONOPOLKAPITALS

Schon längst haben die "Sozialpartner" in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ihre Marschroute festgelegt:

"Als vor knapp zwei Jahren in Österreich die Diskussion um die 35-Stunden-Woche im besonderen und die Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen hohe Wellen schlug, entschlossen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer (statt "Arbeitnehmer" müßte es heißen: Arbeiteraristokratie und Gewerkschaftsbürokratie, AdV) die brisante Frage vom 'innenpolitischen Tisch' zu fegen und sie intern zu beraten." ("Handelsblatt", 5.11.1984)

* Sinowatz betreibt Demagogie reinsten Wassers, wenn er von einem "Gegensatz" zwischen "konservativen" Regierungen und Regierungen unter "sozialdemokratischer Führung" schwafelt. Die einen wie die anderen stehen im Dienste des Monopolkapitals, sind Sachwalter der imperialistischen Bourgeoisie.

Ein deutliches Beispiel dafür ist Frankreich, wo eine sozialdemokratische bzw. zeitweilig sozialdemokratisch-revisionistische Regierung für das französische Monopolkapital eine äußerst arbeiterfeindliche "Stahlsanierung" durchpeitscht, wie sie eine "konservative" Regierung für die imperialistische Bourgeoisie auch nicht "besser" durchführen könnte. Wenn die "Salzburger Nachrichten" anführen "'Jede andere Regierung hätte das gleiche tun müssen', sagt man im Elyseepalast" (.5.4.84), so stimmt das durchaus, denn das Finanzkapital setzt "seine" Regierungen gemäß den Erfordernissen seiner imperialistischen Ausbeuterinteressen ein, "konservative" ebenso wie "sozialdemokratische" oder "sozialdemokratisch-kommunistische". Das gilt in Frankreich ebenso wie in Österreich und jedem anderen Land der Welt, wo der Imperialismus bzw. der Sozialimperialismus herrscht.

Die Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit sollte "entschärft" (ebenda) werden. Zu diesem Zweck wurde von den "Sozialpartnern" eine gemeinsame "Studie" beim "Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen" in Auftrag gegeben, die im Herbst 1984 veröffentlicht wurde. Voller Genugtuung heißt es über diese "Studie" in der ÖGB-Zeitschrift "arbeit und wirtschaft":

> "Das Zustandekommen der Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen über 'Arbeitszeitentwicklung und Arbeitszeitpolitik' ist ein deutlicher Ausdruck des Bemühens in Österreich, eine schwere tarifpolitische Auseinandersetzung wie in der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.
>
> Die Beiratsstudie zeigt, daß über wichtige Zielsetzungen und Orientierungen der Wirtschaftspolitik ein Konsens beziehungsweise Kompromiß der großen gesellschaftlichen Gruppierungen gefunden werden kann, der das Finden von Lösungen für konkrete Probleme wesentlich erleichtert. Darin liegt die hauptsächliche Bedeutung der Studie" (Nr.1/85, S.28).

Als "außerordentlich bemerkenswert" wird über diese "Studie" eben hervorgehoben, daß sich die "Sozialpartner" auf "gemeinsame Schlußfolgerungen" in dieser Frage geeinigt hätten (siehe "AZ", 20.10.1984). Vor allem drei dieser "gemeinsamen Schlußfolgerungen" zeigen, was da und in wessen Interesse da was betrieben wird:

Erstens soll die Arbeitszeitverkürzung, sofern sie überhaupt eingeführt wird, nur ohne Lohnausgleich kommen. Eine österreichische Wochenzeitschrift bemerkt dazu:

> "Diese an sich sensationelle Feststellung widerspricht damit den Gewerkschaftsforderungen voll und ganz und ist deshalb auch behutsam in wortreiche Watte gewikkelt (!) worden: Eine Reduktion der Arbeitslosenziffer im Jahr 1990 von 260.000 auf 200.000 (es wird also von einer Verdoppelung der Arbeitslosenzahl in den kommenden fünf Jahren ausgegangen, AdV) sei bei schrittweiser Einführung der 35-Stunden-Woche möglich, heißt es dort, allerdings nur, wenn sie von einer 'produktivitätsorientierten Lohnpolitik' begleitet werde. Im Klartext heißt das: kein Lohnausgleich." ("präsent", Nr.44, 1.11.1984)

Diese angeblich "für die arbeitenden Menschen beste Lösung" bedeutet also, daß die Profite der Kapitalisten keinesfalls angetastet werden dürfen, während die Arbeiter die Gürtel enger schnallen sollen.

Arbeitszeitverkürzungen mit Reallohneinbußen, sprich Kurzarbeit, hätten - laut "Studie" - den "Charakter eines Solidaritätsopfers" (zitiert in "arbeit und wirtschaft" 1/85, S.30). Die Arbeiterklasse schneidet sich mit einem solchen "Solidaritätsopfer" allerdings ins eigene Fleisch, sie hilft damit nicht sich selbst, sondern ihren Blutsaugern, die von den Arbeitern immer mehr und immer größere derartige "Solidaritätsopfer" fordern werden.

Die zweite "gemeinsame Schlußfolgerung" lautet: Keine generelle 35-Stunden-Woche, sondern "branchenweise Einführung".

Mit der Absage an eine generelle Arbeitszeitverkürzung wurde gleichfalls das getan, was dem Kapital genehm ist, dessen Vertretungen deutlich gemacht haben:

> "Eine starre Arbeitszeitregelung ist momentan sicherlich das letzte, was die Betriebe und ihre Mitarbeiter brauchen können." ("Wirtschaft aktuell", 4/84, S.3)

Der Unternehmer Wunsch ist der Regierung Befehl. Deshalb stellte der Kanzler des Monopolkapitals, Sinowatz, fest:

> "So wie in der Regierungserklärung angekündigt, haben wir eine branchenweise Vorgangsweise gewählt und sind nicht den Weg der generellen und gesetzlichen Regelung gegangen. Mit dem Erfolg, daß einerseits die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gesichert ist und andererseits der für die Beschäftigung notwendige Einstieg in die 35-Stunden-Woche früher als erwartet erfolgen kann." (AZ, 23.6.1984)

Diese "branchenweise Vorgangsweise" entspricht vollauf den Profitinteressen der Kapitalisten, die solcherart - von Branche zu Branche unterschiedlich - die Arbeitszeit (ohne Lohnausgleich !) verkürzen oder nicht verkürzen können. Dieser "Weg" richtet sich direkt gegen die Klasseninteressen des Proletariats, weil die Arbeiter dadurch noch mehr branchenweise gespalten und zersplittert werden, was die Möglichkeiten der Bourgeoisie und ihrer Lakaien in der Arbeiterbewegung erhöht, unter den Arbeitern Uneinigkeit zu stiften, die Werktätigen der einen Branche gegen die der anderen auszuspielen. Die Entwicklung eines wirklich proletarischen Klassenkampfes, die Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Kampfes der Arbeiter zu einem Kampf Klasse gegen Klasse wird dadurch noch zusätzlich erschwert.*

---

* Um diese Politik im Interesse der Kapitalisten zu rechtfertigen, heißt es in "arbeit und wirtschaft":

> "Das Z i e l der Gewerkschaftsbewegung ist unverändert: die allgemeine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung auf 35 Sunden, wie sie auf dem 10.Bundeskongreß als Forderung beschlossen

Fortsetzung der Fußnote auf S.29

Als drittes wurde auch ein "Durchbruch" in Bezug auf flexible Arbeitszeit erzielt. Abgesehen von einigen extremen Formen der "Flexibilisierung der Arbeitszeit" wie "Job-sharing" (wobei sich zwei Arbeiter einen Arbeitsplatz teilen und jeweils nur den halben Lohn erhalten würden !) oder "kapazitätsorientierte variable Arbeitszeitmodelle" (bei denen die Kapitalisten die Arbeitszeit beliebig der jeweiligen "Auftragslage" bzw. Produktionsauslastung anpassen könnten), erklärten die "Sozialpartner", alle anderen Formen seien durchaus "diskussionswürdig" (vgl."Die Presse", 20.10.1984), was den Kapitalisten noch ein weites Feld für einen "flexiblen" Einsatz der Arbeiter läßt. Das bedeutet insbesondere auch, daß sogar die Arbeiter innerhalb ein und der selben Branche noch aufgesplittert werden, besonders wenn man noch hinzunimmt, daß unterschiedliche Regelungen für die Arbeiter in Großbetrieben einerseits und in Kleinbetrieben andererseits möglich sind (siehe dazu im folgenden Abschnitt). Diensteifrig lobt der ÖGB die Vorteile der "Flexibilisierung der Arbeitszeit"... für die Kapitalisten, weil diese Maßnahmen "dazu beitragen könnten, beträchtliche Anpassungsprobleme zu erleichtern" ("arbeit und wirtschaft", 1/85, S.30).

Angesichts solcher "gemeinsamer Schlußfolgerungen" können sich die Monopolkapitalisten nur die Finger lecken, denn damit haben sie den unmittelbaren Segen der Gewerkschaftsbonzen und der Gewerkschaftsbürokratie für ihre Politik, die Lasten der Krise auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen.

Wie das in der konkreten Realität aussieht und was es für das Proletariat und die anderen Werktätigen bedeutet, läßt sich anhand von drei Beispielen verdeutlichen.

DAS BEISPIEL DES ABSCHLUSSES IN DER DRUCKEREIINDUSTRIE

Sogar als "internationale Sensation" preist Sinowatz das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Drucker im Juni 1984, wo angeblich demonstriert worden sei, wie "ohne jegliche soziale Erschütterung" die "für die arbeitenden Menschen beste Lösung gefunden werden kann" (AZ, 23.6.1984). Dieser Abschluß wurde gepriesen als "erstes konkretes Ergebnis des Bemühens, vom negativen deutschen Vorbild zu lernen". ("SZ", 22.6.84) Was davon zu halten ist, zeigen besonders die folgenden drei Ergebnisse des Tarifabschlusses:

- Kein voller Lohnausgleich, da die Arbeitszeit auf 38 Stunden pro Woche verkürzt wurde bei Verzicht auf 2,5 Prozent Teuerungsabgeltung. Das bedeutet Reallohnsenkung !
- Kleinbetriebe bis einschließlich 19 Arbeiter und Angestellte (und diese stellen in dieser Branche in Österreich die größte Anzahl und beschäftigen auch die Masse der Arbeiter !) können sich statt der Arbeitszeitverkürzung für eine zusätzliche Lohnerhöhung im Ausmaß des Lohnkostenvorteils entscheiden. Das bedeutet verstärkte Zersplitterung unter den Arbeitern innerhalb der Branche.
- Bei Überstundenleistung für die 39. und 40.Stunde wird kein Überstundenzuschlag gezahlt, was die Arbeitszeitverkürzung in einem erheblichen Maß entwertet.

Herausgekommen ist somit ein Abschluß ganz nach dem Geschmack der Unternehmer. Die Gewerkschaftsbonzen der Druckindustrie geben sogar zu, sie seien sich

> "im klaren, daß nicht alle Kollegen mit dem erzielten Resultat zufrieden sind und auch nicht zufrieden sein können. Bei realistischer (!) Einschätzung muß man aber ganz einfach bekennen, daß das Erreichte das Bestmögliche war, das Optimum von dem, was herauszuholen gewesen ist." ("Vorwärts", Zeitschrift der Druck-Gewerkschaft, Nr.7/8, 1984, S.1)

Das "Bestmögliche", das "Optimum" ? Nein !

Natürlich hätten die Arbeiter der Druckindustrie mehr erreichen können, wenn, ja wenn sie wirklich den Streik als Waffe ihres Kampfes eingesetzt hätten, wenn sie sich entschlossen in den Kampf für ihre Forderungen geworfen hätten. Das aber versuchen die Gewerkschaftsbonzen und die gesamte Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln zu verhindern.

Um zu rechtfertigen, warum dieser miese Abschluß angeblich das "Bestmögliche" gewesen

---

Fortsetzung der Fußnote von S.28

> wurde. Der W e g dazu braucht - und aus praktischen Gründen wahrscheinlich auch: k a n n - nicht für alle Gruppen und Branchen derselbe zu sein. Entscheidend ist, daß am Ende dieses Weges das Ausmaß der Normalarbeitszeit im wesentlichen gleich gestaltet ist." (1/85, S.30, Sperrung des Wortes "k a n n " im Original)

Das ist nichts anderes als die übliche sozialdemokratisch-revisionistische Vertröstung auf eine ungewisse Zukunft, womit schon immer die Verräterei und die Politik im Dienste des Kapitals heute weißgewaschen werden soll.

Im übrigen zeigt sich auch hier, wie das, was der ÖGB in Phrasen über "Weg" und "Ziel" verpackt hat, haargenau den "Bedürfnissen" des Kapitals dient. Denn "praktische Gründe" für eine solche Politik haben zwar die Kapitalisten, für deren Profitinteressen das "praktisch" ist, nicht aber die Arbeiter, denen das in ihrem Kampf "praktisch" schadet.

sei und warum nicht gestreikt wurde, haben sie sich folgendes sophistische "Argument" ausgedacht, auf das wir hier kurz eingehen wollen, weil es über die Druckindustrie hinaus symptomatisch ist dafür, wie die Arbeiter vom Kampf abgehalten werden:

> "Dieser Erfolg (!) wurde nicht erzielt, weil wir gute Verhandler sind. Dieser erste Schritt konnte vielmehr gesetzt werden, weil zum einen <u>bekannt</u> (!) ist, daß die Arbeiter und Angestellten unserer Branche* eine <u>geschlossene Front</u> bilden, wenn es darauf ankommt, und zum anderen weil unser Kollektivvertragspartner auch die Entschlossenheit der Kollegenschaft kennt, mit Zielstrebigkeit auch scheinbar entfernte Ziele zu erreichen." (Ebenda)

Das ist üble Demagogie mit dem Zweck, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und sie vom Kampf abzuhalten. Denn wenn die Arbeiter wirklich "eine geschlossene Front" bilden, so ist das niemals ein Grund, <u>nicht</u> zu kämpfen, sondern beste Voraussetzung, <u>in den Kampf zu treten</u>, dann bestehen umso größere Aussichten, daß im Kampf auch Erfolge erzielt werden. Im übrigen muß klar sein, daß die Arbeiter der Druckindustrie ebenso wie die anderer Branchen in Österreich heute keineswegs "eine geschlossene Front" bilden, zumal eine solche geschlossene Front nur in einem langen und heftigen Klassenkampf gebildet werden kann.**

Eine solche proletarische Klassenfront kann nur ohne und gegen die arbeiteraristokratische Gewerkschaftsbürokratie und die Bonzen geschmiedet werden, die entweder die Arbeiter ganz vom Kampf abhalten oder den Kampf in solche Bahnen zu lenken suchen, in denen die Interessen der Kapitalisten <u>nicht</u> beeinträchtigt werden.

Anläßlich des Tarifabschlusses in der Druckereiindustrie versicherten die ÖGB-Führer:

> "Wir haben in der Vergangenheit immer sehr darauf geachtet, daß wir <u>nicht allzuviel</u> von den Unternehmungen verlangen und <u>sie am Leben erhalten können</u>." (Ebenda)

Den Kapitalismus "am Leben erhalten", das ist für die Arbeiteraristokratie und die aus ihr hervorgegangene Arbeiterbürokratie entscheidend, weil sie von den Extraprofiten der imperialistischen Bourgeoisie jene Brosamen bekommen, welche ihre Privilegierung und die Basis ihrer Bestechung ausmachen.

DAS BEISPIEL DES ABSCHLUSSES IN DER ZUCKERINDUSTRIE

Als "Erfolg" des österreichischen Wegs wird auch die Vereinbarung in der Zuckerindustrie über die 38-Stunden-Woche gepriesen, die ein Beispiel für Vorzüge des branchenweisen "Einstiegs" in die 35-Stunden-Woche sei. Daß in Wahrheit auch hier nur die Zuckermagnaten Grund zur Freude haben, keinesfalls aber die Arbeiter, zeigt schon ein kurzer Blick auf die Bestimmungen dieses Abschlusses.

Von vornherein erklärten die Kapitalisten schon mal, daß dieser Abschluß "kein Vorbild für Branchen unter internationalem

Fortsetzung auf S.32

---

* Die Gewerkschaftsbonzen versuchen dabei auch noch in höchst reaktionärer und chauvinistischer Weise die Arbeiter "ihrer" Branche gegen die Arbeiter anderer Branchen und anderer Länder auszuspielen, wenn sie die Werktätigen der Druckerei-Branche "ersuchen", die erzielten Ergebnisse "doch mit <u>anderen Branchen</u> in Österreich oder erst recht (!) mit denen aus dem <u>Ausland</u> zu vergleichen" (ebenda).

Hier strömt aus jeder Zeile, aus jedem Wort der arbeiteraristokratische Geist zünftlerischer Borniertheit und chauvinistischer Überheblichkeit, den es im Proletariat unversöhnlich zu bekämpfen gilt. Das Proletariat wird nur dann und in dem Maße wirklich revolutionär, wie es diese reaktionären Einflüsse in seinen Reihen überwindet und ausmerzt.

** Den Hintergrund für diese Demagogie bildet der Unstand des "hohen Organisationsgrads" der österreichischen Arbeiter. Bei den Druckern ist zum Beispiel eine, wie die Druck-Gewerkschaftsführer stolz verkünden, fast vollständige Organisierung im ÖGB zu verzeichnen.

Es ist jedoch völlig falsch, von dem vergleichsweise hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf die wirkliche Kampfkraft der Arbeiter zu schließen. <u>Erstens</u> muß gesehen werden, welchen Charakter und Inhalt die Organisierung im ÖGB hat. Das ist insbesondere die Frage danach, unter wessen Führung und Kontrolle die Gewerkschaft steht. Tatsache ist, daß der ÖGB unter der Dominanz der reaktionären Parteien des österreichischen Monopolkapitals steht. In erster Linie übt die reaktionäre österreichische Sozialdemokratie über den ÖGB ihre Herrschaft aus. <u>Zweitens</u> muß beachtet werden, daß die Gewerkschaftsmitgliedschaft in vielen Betrieben (besonders Staatsbetrieben) den Charakter einer <u>Zwangsmitgliedschaft</u> hat, weil man in den Betrieb ansonsten erst gar nicht hineinkommt. Diese erzwungene Mitgliedschaft dient besonders dazu, die Arbeiter sogleich der Arbeiteraristokratie und der sich aus ihr rekrutierenden Gewerkschaftsbürokratie sowie deren Auftraggebern, den Kapitalisten und ihrem Staat, <u>politisch unterzuordnen</u>. <u>Drittens</u> ist der vergleichsweise hohe Organisierungsgrad auch darauf zurückzuführen, daß in sehr vielen Fällen erst die Mitgliedschaft im ÖGB und erst recht in einer Partei (je nach Vorherrschaft im jeweiligen Bundesland bzw. im jeweiligen Betrieb SPÖ oder ÖVP) Zugang verschafft, um etwa in den Genuß einer Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung zu gelangen und dergleichen mehr. Das übt einen ausgesprochen korrumpierenden, das Bewußtsein und die politische Haltung der Arbeiter stark vergiftenden Einfluß aus.

Das alles sind Faktoren, die ihrer Wirkung nach den Voraussetzungen einer einheitlichen proletarischen Front entgegengesetzt sind, da sie bei noch so hohem formalem Organisierungsgrad die Arbeiter untereinander spalten und an den Kapitalismus binden.

Das Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale"

In der kapitalistischen Wirtschaft ist das Ziel der Produktion nicht die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen, sondern die Erzielung höchstmöglicher und immer weiter wachsender Profite. Das Kapital bedient sich dazu der verschiedensten Mittel und Methoden. Es kann den Ausbeutungsgrad der Arbeiter insbesondere erhöhen durch:

1) <u>direkte</u> Lohnsenkung,

2) <u>Verlängerung</u> des Arbeitstages,

3) Erhöhung des <u>Tempos</u> und der <u>Produktivität</u> der Arbeit, während die Löhne nicht oder nicht im selben Ausmaß steigen,

4) <u>Preissteigerungen</u>, das heißt durch die <u>Abwertung</u> der ausbezahlten Löhne, die nominell nicht oder nicht im Ausmaß der Teuerung erhöht werden.

In der Frühzeit des Kapitalismus hatten die Methoden 1) und 2) große Bedeutung, doch die sich entwickelnde Arbeiterbewegung verschloß weitgehend diese Möglichkeiten. Das Schwergewicht verlagerte sich daher auf die Methode 3) und schließlich, als es zur weitgehenden Verschmelzung zwischen Staat und Monopolkapital gekommen war, auf die Methode 4), die von den Massen am schwersten zu durchschauen und zu bekämpfen ist.

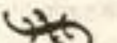
Heute wird der Mehrwert, den die Arbeiter produzieren und den die gesamte Kapitalistenklasse einschließlich ihres Staates einsteckt, vor allem dadurch erhöht, daß nicht nur der Löwenanteil der Früchte der höheren Intensität, Effektivität und Produktivität der Arbeit in die Taschen des Kapitals fließt, sondern die Arbeitskraft selbst nach einer Art von "abgleitendem Lohnschema" bezahlt wird, das heißt nach Normen, die infolge der Geldentwertung ununterbrochen tiefer rutschen, sodaß sogar bei einer Politik kontrollierter zeitweiliger Erhöhungen der Nominallöhne alle Möglichkeiten der Niedrighaltung, der relativen oder sogar absoluten Senkung der Reallöhne bestehen.

Was können die Arbeiter dem entgegensetzen? Im Grunde nur eines: den Kampf um höhere Löhne! Wollen sie nicht ununterbrochen geprellt und betrogen werden, wollen sie ihren Lebensstandard auch nur halten, müssen sie zumindest Lohnerhöhungen im Ausmaß der wirklichen Teuerung (und nicht nur der amtlich zugegebenen!) durchsetzen. Wollen sie wenigstens einen gewissen Anteil an den Früchten der ständig steigenden Produktivität ihrer Arbeit, ihrer Mühe und ihres Fleißes haben, so müssen sie Lohnerhöhungen durchsetzen, die über das Ausmaß der wirklichen Teuerung hinausgehen! Tun sie das nicht, so heißt das, tatenlos zuzuschauen, wie die Werktätigen von einem immer <u>größeren</u> Sozialprodukt, das sie selbst - und ausschließlich sie selbst - erzeugen, einen relativ oder absolut immer <u>kleineren</u> Teil erhalten; oder anders ausgedrückt, daß die schmarotzerische Bande, die alle Kommandohöhen der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates in Händen hält, den Löwenanteil, den sie sich sowieso schon aneignet, relativ und absolut noch weiter vergrößern kann, sich also Ausmaß und Grad der Ausbeutung weiter verschärfen.

Die arbeitenden Menschen können nicht darauf warten, daß ihnen ihre Ausbeuter freiwillig mehr und immer mehr geben. Sie müssen sich im Kampf, im Klassenkampf ertrotzen, was sie fordern und worauf sie unbedingtes Anrecht haben. Die Arbeiter haben praktisch keine Möglichkeit, auf die Preise der Waren im allgemeinen Einfluß zu nehmen, sie können die Budget- und Steuerpolitik des kapitalistischen Staates, die Politik der Nationalbank, den Lauf der Notenpresse usw. nur sehr schwer und in engen Grenzen beeinflussen. <u>Aber es gibt eine Ware, deren Preis unmittelbar von den Arbeitern selbst beeinflußt werden kann, den sie weitgehend selbst bestimmen können: das ist der Preis jener Ware, die sie selber anzubieten haben, der Preis der "Ware Arbeitskraft", der Lohn! Erhöhen die Kapitalisten die Preise der Waren, die sie den Arbeitern verkaufen, erhöht der kapitalistische Staat die Steuern, Abgaben und Tarife - so haben die Arbeiter nicht nur das Recht (das haben sie sowieso!), sondern auch die verdammte Pflicht, die Pflicht gegenüber sich selbst, gegenüber ihrer Familie, gegenüber ihren Kindern, auch den Preis ihrer Arbeitskraft zumindest im gleichen Ausmaß und Tempo hinaufzusetzen und nicht "stillzuhalten", sondern sich dafür in einen energischen, bis zum Äußersten entschlossenen Kampf zu werfen!</u> ...

Die Benya und Co., die ganze Gewerkschaftsbürokratie im ÖGB wagt heute eigentlich garnicht zu bestreiten, daß die Arbeiter durch entsprechende Kampfmaßnahmen in den Betrieben rasch sehr bedeutende Lohnerhöhungen durchsetzen könnten. Doch im Chor mit allen Advokaten des Großkapitals wenden sie ein, daß Lohnerhöhungen "leider" nur neue und noch größere Preisauftriebstendenzen auslösten, die Inflation "anheizten" und somit den Arbeitern nicht nur nichts nützen, sondern vielleicht sogar Schaden bringen würden. Dieses "Argument" ist so alt wie die kapitalistische Ausbeutung selbst und es ist durch und durch falsch. Schon vor rund 130 Jahren hatte der Bourgeois-"Sozialist" Proudhon in seinem Buch "Philosophie des Elends" behauptet, Lohnerhöhungen müßten zwangsläufig zu allgemeinen Preiserhöhungen führen - das sei ebenso sicher wie 2x2 vier ist. Karl Marx antwortete darauf in seiner Schrift "Das Elend der Philosophie", daß er alle solche Behauptungen bestreite, ausgenommen die, daß 2x2 vier ist. 1865 war es ein Mann namens John Weston, der den Arbeitern die Mär von der "Lohn-Preis-Spirale" aufschwatzen wollte. Marx reagierte darauf mit den beiden berühmten Vorträgen über "Lohn, Preis und Profit", in denen die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit einer solchen Behauptung von allen Seiten her bewiesen wird. Doch nicht nur die ökonomische Wissenschaft, sondern das Leben selbst hat in den seither vergangenen mehr als 100 Jahren tausendfach die Unhaltbarkeit der Behauptung von der "Lohn-Preis-Spirale" erwiesen. Bestünde nämlich zwischen Löhnen und Preisen ein direkter, starrer Zusammenhang, dann hätten sämtliche Lohnkämpfe dieser mehr als 100 Jahre keinerlei Sinn gehabt, dann wäre auch die gewerkschaftliche Bewegung zum Großteil unsinnig und ein grotesker Irrtum gewesen! Dann wäre es aber auch völlig überflüssig gewesen, daß sich die Unternehmer gegen jede Lohnforderung mit Händen und Füßen sträubten und weiter sträuben! <u>Löhne und Preise sind eben nicht direkt miteinander gekoppelt, sie hängen nicht unmittelbar zusammen, sondern es gibt etwas zwischen ihnen, von dem die Kapitalisten und ihre Helfershelfer zwar gerne schweigen, das aber dennoch eine zentrale Rolle spielt: den Mehrwert, den Profit!</u> Dieses wesentliche "Zwischenglied" zwischen Betrieb und Markt, zwischen Löhnen und Preisen, macht verständlich, daß sich Preisveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Lohnveränderungen, aber auch <u>Lohnveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Preisveränderungen niederschlagen.</u> Auch wenn es bei oberflächlicher Betrachtung anders scheinen mag, können die Kapitalisten und ihr Staat mit den Preisen keineswegs beliebig umspringen, sondern diktiert das Wertgesetz, das sich auf dem Umweg über die innere und äußere Konkurrenz auch heutzutage immer wieder durchsetzt. Auch für die vom kapitalistischen Staat gelenkte Inflation gibt es Grenzen, über die er nicht hinauskann, wenn er nicht sein ganzes Ausbeutungssystem gefährden will. <u>Lohnerhöhungen bedeuten daher nicht einfach weitere Teuerung, sondern unmittelbar Schmälerung des Profits der Kapitalisten! Selbstverständlich versuchen diese mit allen Mitteln, sich alles das, was sie durch Lohnerhöhungen an Profit eingebüßt haben - und womöglich noch mehr - schnellstens wieder zu holen, aber erstens ist das für sie durchaus nicht immer möglich und brauchen sie dazu zweitens zumindest einige Zeit.</u> Tatsächlich versuchen die Kapitalisten ja immer und überall, ein Maximum an Profiten für sich herauszuholen, ob die Arbeiter nun höhere Löhne durchsetzen oder nicht. Wenn die Arbeiter "stillhalten", dann halten wohl die Löhne still, aber es heißt bekanntlich ganz und garnicht, daß auch die Preise stehenbleiben. Halten die Arbeiter aber nicht still, sondern erkämpfen höhere Löhne, so heißt das umgekehrt wieder noch lange nicht, daß automatisch auch die Preise steigen müssen, es heißt lediglich, daß zunächst einmal der Profit beschnitten wird. Wäre es anders, dann würde kein Kapitalist was gegen allgemeine Lohnerhöhungen einzuwenden haben und keine ÖVP- oder SPÖ-Regierung würde sich um den "Nachweis" erhitzen, daß das für die "Wirtschaft" Allerschlimmste und Allergefährlichste ein massiver Kampf der Arbeiter um höhere Löhne sei...

Der entschlossene Kampf um höhere Löhne ist für die Arbeiterklasse unerläßlich und unersetzbar. Ihn erfordern nicht nur ihre wirtschaftlichen Tagesinteressen, sondern auch ihre langfristigen, politischen Interessen - das Interesse, sich kampffähig zu machen, um eines Tages das ganze räuberische System des Lohndrucks und der Teuerung, der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt, zum Teufel zu werfen.



(Auszüge aus RF 140 "Die Arbeiter haben nur <u>eine</u> Waffe gegen Teuerung und Geldentwertung: LOHNKAMPF !")

Fortsetzung von S.30
Wettbewerbsdruck" sei ("Pressedienst der Industrie" 1984/10/04). Außerdem ist die Vereinbarung "zeitlich begrenzt" (ebenda) und nur für jenen Teil des Jahres 1985 vereinbart, in dem keine Zuckerrübenkampagne stattfindet und in der die Arbeiter der Zuckerindustrie zu einem großen Teil mit Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten beschäftigt sind. Das heißt, die Arbeitszeit wird gemäß den jeweiligen "Bedürfnissen" des Kapitals "flexibel" gemacht. Damit nicht genug. Während des "Probezeitraums" (ebenda) ist eine Erfassung der durch die Verkürzung angeblich entstehenden betrieblichen "Mehrkosten" geplant. Es wurde vereinbart, diese "Mehrkosten" bei der nächsten Lohnverhandlung in Rechnung zu stellen. Von einem Lohnausgleich kann, so betonen die Kapitalisten, "keine Rede" (ebenda) sein.

Wie man sieht, halten sich die Zucker-Kapitalisten vollkommen schadlos. Dieser Abschluß bedeutet tatsächlich eine Verschlechterung der Lage der Zuckerarbeiter.

DAS BEISPIEL DES ABSCHLUSSES IN DER METALLINDUSTRIE

Im Juni letzten Jahres, als die österreichischen "Sozialpartner" nicht genug Worte fanden, um gegenüber den "Schrecken" des Streikkampfes in der BRD den "österreichischen Weg" des "aushandeln statt ausstreiken" zu lobpreisen, beeilte sich Benya im Hinblick auf die Metall-Tarifverhandlungen im Herbst 1984 zu versichern, daß man punkto Arbeitszeitverkürzung "auch hier etwas zusammenbringen wird" (AZ, 23.6.1984). Dafür bürge, daß bereits seit dem vorjährigen Metall-Abschluß "Sozialpartnerschaftsgespräche" gelaufen seien, die ja angeblich auch "vielschichtige Probleme" in vorbildlichster Weise und besser als aller "grober" Klassenkampf zu lösen imstande seien.

Was kam bei den Tarifverhandlungen heraus ? Die Metall-Gewerkschaftsführung ging in die Verhandlungen mit der "Forderung" nach einer Anhebung der Effektivlöhne um 6,5 % und einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich. "Durchgesetzt" haben sie einen Abschluß von 4,8 % bei einer Inflationsrate von mehr als 6 % bei unveränderter Arbeitszeit. Für die Arbeiter bedeutet das zusammen mit der Lohnsteuerprogression einen erheblichen Reallohnverlust. Die Gewerkschaftsbonzen hatten auch noch die Frechheit, sich über diesen Lohnraubabschluß als "sehr zufrieden" zu äußern (vgl. "Süddeutsche Zeitung", 24.10.1984).

In der Tat muß davon ausgegangen werden, daß die ursprünglichen Forderungen von vornherein nur aufgestellt wurden, um den Arbeitern einen blauen Dunst vorzumachen, während das "Aushandeln" eines arbeiterfeindlichen und die Lage der Metallarbeiter verschlechternden Abschlusses schon längst eine mit den Kapitalisten hinter den Kulissen ausgeschacherte Sache war. Daß die vom ÖGB zunächst formulierten "Forderungen" faktisch eine Farce waren, macht auch der Umstand deutlich, daß etwa Benya schon vorher die Arbeiter darauf "einzustimmen" suchte, daß "voller Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung eine Illusion ist" (siehe "Vorarlberger Nachrichten", 27.9.1984) und Arbeiterkammerpräsident Czettel für "völlig illusorisch" die Erwartung erklärte, "daß die Arbeitszeit verkürzt und dennoch Lohnerhöhung gezahlt werden könne" (siehe ebenda).

Heraus kamen dann Reallohnverluste sogar ganz o h n e Arbeitszeitverkürzung !

Die Kapitalisten haben auch schon klar gemacht, daß sie einer Arbeitszeitverkürzung im Metallbereich zukünftig nur zustimmen werden, wenn ihnen das in den Kram paßt und sie ihren Profit daraus ziehen:

> "Sollte es bei den Metallarbeitern beispielsweise zu einer Arbeitszeitverkürzung kommen, so könnte ein Teil der Kostenbelastung durch flexiblere Arbeitszeiten und damit durch bessere Maschinenauslastung k o m p e n s i e r t werden, sagt die Arbeitgeberseite." ("präsent", Nr.44, 1.11.1984)

Klar, die Kapitalisten sind keineswegs gegen jegliche "Arbeitszeitverkürzung". Sie verfügen über genügend Möglichkeiten und Mittel, auch bei verkürzter Arbeitszeit die Ausbeutung des Proletariats zu verstärken*. Sie können das umso mehr, solange die Arbeiterschaft ihnen nicht energischen Widerstand und entschlossene Kampfaktion entgegensetzt.

FAZIT

Die kapitalistische Klassenrealität Österreichs zeigt, daß der Unterschied zur Lage in Westdeutschland gewiß nicht der ist, daß die österreichischen Arbeiter etwa weniger Grund hätten zu kämpfen.

Wenn sich die Repräsentanten und Weißwäscher der in Österreich bestehenden Ausbeuterordnung immer noch rühmen können, daß sie "ohne jegliche soziale Erschütterung" alle möglichen arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchziehen können, so zeigt das nur eins: wie ungeheuer schwach entwickelt der Kampf des Proletariats in Österreich noch immer ist, wie es den Feinden der Arbeiterklasse noch immer gelingt, mittels eines feinmaschigen Netzes sozialer Demagogie, Einschüchterung und Erpressung die werktätigen Massen davon abzuhalten, entschlossen den Kampf aufzunehmen.

> Was für die herrschende Monopolbourgeoisie eine große "Errungenschaft" darstellt, ist für die Arbeiter das größte Übel, denn eins steht fest: Solange sie stillhalten, solange sie die räuberische Politik des Kapitals mit bloßem Murren, nicht aber mit umfassenden Kampfaktionen quittieren, wird niemand und nichts das Kapital aufhalten, ihnen das Fell buchstäblich zwei- und dreimal über die Ohren zu ziehen.

Doch nicht nur vom Standpunkt der Verteidigung ihrer unmittelbaren Lebensinteressen, nicht nur unter dem Blickwinkel ihrer Tagesinteressen, sondern

> vor allem vom Standpunkt des Kampfes für die grundlegenden, die Zukunftsinteressen des Proletariats zeigt sich, daß es allerhöchste Zeit ist, daß die österreichische Arbeiterklasse dem ununterbrochenen, erbarmungslosen Klassenkampf der Unternehmer und ihres Staates die gewaltigen Möglichkeiten und Kräfte des proletarischen Klassenkampfes entgegenstellt.

Denn wie der große Lehrmeister der Proletarier aller Länder, Karl Marx, schon festgestellt hat:

> "Würden sie in ihren täglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen." (Marx, "Lohn, Preis und Profit", MEW 16, S.151/152, 1865)

* Siehe dazu auf S.31 "Das Märchen von der "Lohn-Preis-Spirale".

KPÖ-Revisionisten, Trotzkisten und 35-Stunden-Woche:

WASSERTRÄGER DER BOURGEOISIE !

Nachdem die Entwicklung in der letzten Zeit hat immer offensichtlicher werden lassen, daß die Gewerkschaftsbonzen die Forderung nach einer "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" faktisch fallengelassen haben, glauben sich die KPÖ-Revisionisten verstärkt als entschlossene "Kämpfer" und als die wahren Bannerträger des Kampfes für die "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" profilieren zu können.

In der Tat übernehmen die KPÖ-Revisionisten damit für die Bourgeoisie die konterrevolutionäre Funktion, besonders unter jenen Teilen der Arbeiterklasse, die sich enttäuscht von der SPÖ und den Gewerkschaftsbonzen abzuwenden beginnen, mittels einer etwas "linkeren" Demagogie die reformistischen Illusionen aufrechtzuerhalten und zu nähren, um die Arbeiter weiterhin an den Kapitalismus zu binden und sie vom Kampf für einen revolutionären Ausweg abzuhalten.

Das zeigt sehr deutlich ein Flugblatt des "KSV", welches die "Argumente" der KPÖ-Revisionisten zu diesem Thema geradezu mustergültig zusammenfaßt. Direkt "radikal" tönend heißt es darin zunächst:

> "Die Ursachen für die Arbeitslosigkeit liegen im Kapitalismus. Arbeitslosigkeit gibt es in jeder Phase der kapitalistischen Entwicklung." ("Akademikerarbeitslosigkeit - Ursachen von Arbeitslosigkeit - Strategien gegen Arbeitslosigkeit", "rote perspektiven extra", S.2)

Nur wer die Revisionisten nicht kennt, wird sich allerdings wundern, wenn er bloß wenige Zeilen weiter zu lesen bekommt,

> "daß die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ab 1985 selbst bei Berücksichtigung aller möglichen Rationalisierungen, die Arbeitslosigkeit beseitigen würde."

Interessant ! Wenn es in jeder Phase der kapitalistischen Entwicklung Arbeitslosigkeit gibt und gleichzeitig behauptet wird, daß durch die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich "die Arbeitslosigkeit beseitigt" würde, so läßt das nur die Schlußfolgerung, als ob durch die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich der Kapitalismus bereits "überwunden" würde ! Diese Behauptung ist in jeder Hinsicht ein konterrevolutionärer Blödsinn.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann keinesfalls die Arbeitslosigkeit beseitigen, weil mit diesem Kampf niemals die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft werden können: das Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, die Anarchie und Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion, der Konkurrenzkampf zwischen den Monopolkapitalisten auf der Jagd nach Maximalprofit.

Die KPÖ-Revisionisten wollen vergessen machen bzw. erst gar nicht zu Bewußtsein kommen lassen, was schon Karl Marx die Arbeiterklasse in Bezug auf die Grenzen ihrer tagtäglichen Kämpfe gelehrt hat:

Es "sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren." (Marx, "Lohn, Preis und Profit", MEW 16, S.152, 1865)

Der Kampf für die "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" kann die Grundlagen des Kapitalismus nicht antasten und damit die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, weil es ein Kampf eben für höheren Lohn ist, also das Lohnsystem voraussetzt und lediglich ein Kampf für den günstigeren Verkauf der "Ware Arbeitskraft" im Rahmen des kapitalistischen Ausbeutersystems ist.

Kernpunkt der revisionistischen Phantastereien über die angebliche Wundertätigkeit der 35-Stunden-Woche ist ihre konterrevolutionäre "Theorie" vom "friedlichen Weg zum Sozialismus". Über einen angenommenen Sieg im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich heißt es in dem Flugblatt:

> "Ein Sieg der Arbeiter, der Gewerkschaften würde nichts anderes bedeuten, als daß sich tendenziell gesamtwirtschaftliche Interessen (Abbau der Arbeitslosigkeit) gegenüber den Einzelinteressen der Monopole durchsetzen würden... Es (das Kapital, AdV) wittert mit einigem Recht die Gefahr, daß es den Verlust gesellschaftlicher Macht hinnehmen müßte."

Das zeigt: Neben der von den KPÖ-Revisionisten so eifrig befürworteten "Mitbestimmung" in den Betrieben und ihrem reaktionären Geschwätz von der "Umfunktionierung" des bürgerlichen Parlaments in ein "Organ des Volkswillens" ist ihr "Kampf für die 35-Stunden-Woche" nur ein weiterer Baustein ihrer konterrevolutionären "Theorie" des allmählichen "Zurückdrängens der Macht der Monopole".

Bei ihren fieberhaften Anstrengungen, die Tageskämpfe auszunützen, um den Arbeitern den Reformismus zu "lehren", wird den KPÖ-Revisionisten von den Trotzkisten sekundiert. Deren Zauberformel lautet: "Arbeiterkontrolle !" So propagiert etwa die trotzkistische "IKL":

> "Weniger Arbeit - aber für alle - Unter Arbeiterkontrolle !" ("permanente revolution", Nr. 51, S.4)

Die trotzkistische "Abgrenzung" vom KPÖ-Revisionismus hat nur den Zweck, den eigenen, bloß der Form nach "linkeren" Reformismus anzubieten:

> "ARBEITERKONTROLLE ÜBER DIE BANKEN UND INDUSTRIE... Das wäre drei Viertel auf dem Weg, die kapitalistische Profitlogik, die zu Arbeitslosigkeit und Elend führt, zu brechen. Kontrolle über die Geschäfte des Kapitals, seine Industrie- und Lohnpolitik - nicht, um 'mitbestimmlerisch' die kapitalistische Produktion mitzuverwalten, sondern um ihr mehr und mehr an Interessen der Arbeiterklasse entgegenzustellen." (Ebenda, S.3, Großschreibung und Unterstreichung im Original)

Ganz in diesem trotzkistischen Fahrwasser heißt es auch in der "Betriebszeitung der Gruppe oppositioneller Arbeiter" bei General Motors in Wien:

> "Was fehlt, sind Konzepte und Strategien, die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Industrie anzugreifen... Die Gewerkschaft müßte daher um die Kontrolle über die Produktion kämpfen, damit sie über Arbeitszeiten und Arbeitsrhythmen, Umstrukturierungen und Einführung neuer Technologien alleine bestimmen kann." ("Betriebszeitung" Nr.8/84, S.2)

In der Tat propagieren die "IKL" ebenso wie die anderen Schüler Trotzkis den gleichen sozialdemokratischen Reformismus wie "linke" SPÖ-ler oder die KPÖ - "bloß anders". Mittels der "Arbeiterkontrolle" wollte schon Trotzki glauben machen, sei es möglich,

> "von der Konsumtionskontrolle... zur Produktionskontrolle überzugehen und von dieser zur unmittelbaren Produktionsleitung, je nach der allgemeinen Entwicklung der Revolution." (Trotzki, "Was nun?", S.100)

So "verlegt" der Trotzkismus die Frage der Revolution als gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates in die schrittweise "Entwicklung der Revolution" am Arbeitsplatz und im Betrieb !

Ob KPÖ-Revisionisten oder Trotzkisten, die einen wie die anderen betrügen die Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie mit ihrem Geschwätz, daß unter der Herrschaft des kapitalistischen Staates, also unter der Diktatur der Bourgeoisie, "mehr und mehr", d.h. schrittweise, die Macht der Arbeiterklasse hervorwachse.

Im unversöhnlichen Klassenkampf gegen alle Sorten von Feinden des Proletariats ist es die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, in die Kämpfe der Arbeiter vor allem das Bewußtsein über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats und der Errichtung der Diktatur des Proletariats hineinzutragen.



Unsere LESER haben das Wort:

Berechtigte Kritik eines Lesers an der RF 210 zur Frage: Aus welchen Gründen muss der Begriff "Stalinismus" abgelehnt werden ?

Werte Genossen der "Roten Fahne" !

In der Nummer 210 der "Roten Fahne" habt ihr auf Seite 53 ff den hervorragenden Artikel abgedruckt, den Georgi Dimitroff anläßlich des 60.Geburtstags J. W. Stalins schrieb. Auf Seite 56 habt ihr zum Begriff "Stalinist", den Georgi Dimitroff in seinem Artikel mehrmals verwendet, eine Fußnote verfaßt, die erklären soll, warum die Marxisten-Leninisten den Begriff "Stalinist" bzw. "Stalinismus" nicht verwenden können. Diese Erklärung scheint mir nicht ganz richtig zu sein. Ihr schreibt dort:

> "Eins der reaktionären Manöver der modernen Revisionisten bestand und besteht darin, mit dem Schlagwort von der 'Überwindung des Stalinismus' Lenin gegen Stalin auszuspielen, um den wirklichen Marxismus-Leninismus als 'Dogmatismus' oder als 'Stalinismus' zu attackieren. Dagegen müssen wir stets betonen, daß man kein Kommunist sein kann, wenn man nicht, wie Dimitroff sagt, 'ein bis zum letzten treuer Anhänger Lenins und Stalins' ist. Stalin steht würdig in einer Reihe mit Marx, Engels und Lenin. Stalin war nicht nur der hervorragendste Schüler Lenins, der den Leninismus umfassend verteidigte und konsequent in die Tat umsetzte. Stalin bereicherte vor allem auch den Leninismus und entwickelte ihn in wichtigen Fragen weiter. Deshalb lehnen wir es gerade vor dem Hintergrund der Manöver der modernen Revisionisten ab, die Theorie und Praxis Stalins als 'Stalinismus' und uns selbst als 'Stalinisten' zu bezeichnen. Es gibt keinesfalls so wie es den Leninismus gibt einen 'Stalinismus', denn der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der für diese gesamte Epoche gültig ist. Stalin war Leninist und als Schüler Lenins und Stalins können wir ebenfalls nichts anderes sein als Leninisten bzw. Marxisten-Leninisten. (Anmerkung der RF-Redaktion)."

Des Pudels Kern liegt bei "Deshalb lehnen wir es gerade vor dem Hintergrund der Manöver der modernen Revisionisten ab, die Theorie und Praxis Stalins als 'Stalinismus' und uns selbst als 'Stalinisten' zu bezeichnen." Diese Formulierung läßt meiner Meinung nach die Auffassung offen, daß wir uns vom Begriff des "Stalinismus" bzw. "Stalinist" distanzieren, weil die modernen Revisionisten damit Manöver treiben, was ja nun gänzlich falsch wäre. Denn dann laufen wir Gefahr, uns in nächster Zeit von den meisten Begriffen des Marxismus-Leninismus verabschieden zu müssen. Was ist, wenn die modernen Revisionisten, morgen vielleicht schon, mit dem Begriff der "Diktatur des Proletariats" "Manöver" treiben (was sie ja schon tun, in Theorie und Praxis !) ? Werden wir uns dann von diesen Begriffen und - was ja zentral ist - ihren Inhalten, ihrem Sinn, den sie unter anderem auch zu Stalins Zeiten erhielten, und in der sozialistischen Sowjetunion zu Stalins Zeiten ihre höchste Erfüllung fanden, distanzieren ? Natürlich ist klar, daß wir das selbstverständlich nicht tun werden. Aber ebenso klar muß ebendrum sein, daß man sich vom Begriff "Stalinist" bzw. "Stalinismus" nicht deshalb abgrenzen darf, weil die modernen Revisionisten mit ihm Manöver treiben, denn das können sie ja mit allen Begriffen tun, und tun es auch (!), sondern weil er historisch einfach nicht haltbar ist.

Unsere Epoche ist die von Lenin definierte Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Die großen Leistungen Stalins, seine Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in wichtigen, zentralen Fragen wie z.B. Absterben des Staats usw. usf. ändern nichts an der Tatsache, daß wir noch immer in der selben Epoche leben, deren grundlegende Gesetzmäßigkeiten der Leninismus erfaßt. Das ist es, was bei der Ablehnung des Begriffs "Stali-